

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettizeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 207.

Donnerstag, den 5. September 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Der Stuttgarter Kongress.

Von R. Kautsky.

Die Stuttgarter Tage bildeten eine stolze Heerschau des internationalen Proletariats, erhebend und anfeuernd für jeden, dem es vergönnt war, ihnen beizuwohnen. Aber sie bedeuteten noch mehr. Auf dem jüngsten internationalen Kongress dokumentierten die Arbeiterbataillone aller Länder nicht bloß eine Stärke und Entschlossenheit, wie sie bisher noch nicht bekundet worden, sie schiedeten dort auch neue Waffen von auserlesener Wirksamkeit, die unseren Vormarsch wesentlich erleichtern und beschleunigen werden.

Das gilt vor allem von der Resolution über die Militärfrage, den Kernpunkt des Kongresses, aber nicht minder von den Entscheidungen der übrigen Fragen, die dort behandelt wurden. Nirgends begnügte man sich mit schöner Rhetorik oder vagen Sätzen, die jedem erlauben, sie nach Belieben auszulegen. Allgemein wurde diesmal der Standpunkt verlassen, der noch in Amsterdam so viele Vertreter fand, als hätten die internationalen Kongresse nicht das Recht, bestimmte Regeln des Handelns für die sozialistischen Organisationen der einzelnen Länder aufzustellen. Für jeden der fünf Punkte der Tagesordnung wurden solche Regeln, und oft sehr eingehende, festgesetzt. Nicht weil seit Amsterdam diktatorische Gelüste in den Proletariaten einzelner Nationen erstanden und gewachsen wären, auch nicht, weil man eine Zentralgewalt gebildet hätte, die imstande wäre, den Beschlüssen der internationalen Kongresse Geltung zu verschaffen, sondern weil die proletarischen Bewegungen der einzelnen Länder nicht nur in ihren Grundsätzen, sondern auch in ihrer Praxis einander immer näher gekommen sind.

Fast jede der schließlich angenommenen Resolutionen wurde einstimmig votiert. In der Gewerkschaftsfrage machte nur ein Teil der französischen Genossen Vorbehalte, die aber nicht theoretischer, sondern bloß praktischer Natur waren. Sie erkannten den Standpunkt der Mehrheit als richtig an, erklärten aber, es hieße den Frieden zwischen Partei und Gewerkschaft in Frankreich gefährden, wollte man dort diese Resolution sofort in die Praxis umsetzen. Andererseits waren die deutschen Genossen in der Militärfrage etwas isoliert; aber ebenfalls nicht wegen tiefergehender grundsätzlicher Gegensätze zwischen der deutschen und der übrigen Sozialdemokratie, sondern bloß deswegen, weil sie zweifelten, ob sie unter den besonderen Verhältnissen Deutschlands imstande seien, das Ziel der Erhaltung des Friedens auf dem Wege zu erreichen, den die große Mehrheit der anderen Nationen für geboten hielt.

Diese Einmütigkeit bildete das vornehmste Merkmal des jüngsten Kongresses; ebenso bedeutend aber erscheint mir die Tatsache, daß von der führenden Rolle, die bisher die deutsche Sozialdemokratie in der neuen Internationale tatsächlich einnahm, diesmal nichts mehr zu merken war — sie hat ein Ende gefunden gerade auf dem ersten Internationalen Kongress, der auf deutschem Boden stattfand.

Seit den Ereignissen von 1870 und 1871 war der Schwerpunkt der internationalen sozialistischen Parteien von England und Frankreich nach Deutschland gegliedert, nicht weil die deutsche Sozialdemokratie nach einer Hegemonie in der Internationale strebte — nichts lag ihr ferner —, sondern weil die Verhältnisse die proletarische Bewegung Deutschlands aufs rascheste anwachsen und erstarken ließen, während sie die Englands und Frankreichs zu einer gewissen Stagnation verurteilten; hier zu einer zünftigen Verkörperung der Gewerkschaften führten, dort Sektiererei, Spaltungen, Schwäche der gewerkschaftlichen Bewegung, unsicheres Experimentieren mit neuen Modereischeinungen, heute mit dem Boulangerismus, morgen mit dem radikalsozialistischen Ministerialismus, hervorriefen. Wenn dagegen die deutsche Sozialdemokratie gleichzeitig rasch an Kraft zunahm, verdankte sie das vor allem der raschen ökonomischen Entwicklung des Reiches, das nicht nur Frankreich, sondern auch England überholte; sie verdankte das aber auch der Marxschen Theorie, die ihr einen sicheren Leitstern bot, der den proletarischen Bewegungen Englands und Frankreichs wenn auch nicht ganz fehlte, so doch ungenügend bekannt war. Wohl ist der wissenschaftliche Sozialismus nicht ein rein deutsches Erzeugnis. Schon vor mehr als zwei Jahrzehnten habe ich in der „Neuen Zeit“ ausgeführt, daß die revolutionären Erfahrungen Frankreichs, die kapitalistischen Erfahrungen Englands an seiner Entstehung ebenso beteiligt waren wie das methodische Denken, das aus der Philosophie Deutschlands hervorging. Nur Männer, die in England

und Frankreich ebenso zu Hause waren wie in Deutschland, die das Wissen aller dieser Länder beherrschten, konnten den wissenschaftlichen Sozialismus begründen.

Aber trotz dieses internationalen Ursprungs wurde der wissenschaftliche Sozialismus oder Marxismus am ehesten von den Proletariaten Deutschlands aufgenommen, in deren Sprache seine Hauptmerkmale erschienen, und deren Denken wie das der Deutschen überhaupt damals noch leichter der Erkenntnis umfassender Zusammenhänge zugänglich war, weil sie lange Zeit hindurch weniger als Engländer und Franzosen durch praktische Augenblickspolitik absorbiert wurden.

Schuf die ökonomische Entwicklung in Deutschland ein starkes Proletariat, so gab die Marxsche Lehre diesem die Fähigkeit, eine klare und einheitliche Politik ohne Schwankungen und Strungen zu verfolgen, und die Einheitlichkeit der Theorie schuf die Möglichkeit der Einheitlichkeit der Organisation großer Massen, die nicht gelegentlich für die Erreichung der einen oder der anderen Forderung, sondern für die Durchsetzung eines großen, weit umfassenden Programms dauernd zusammengeschweißt wurden.

Daher die Überlegenheit der deutschen Sozialdemokratie über die proletarische Bewegung Englands und Frankreichs in den Siebziger-, Achtziger- und auch noch in den neunziger Jahren; daher auch die Rolle, die sie als Vorbild und Lehrer jeder sozialistischen Partei spielte, die seit den siebziger Jahren erstand; daher das Übergewicht, das sie auf den nationalen Kongressen seit der Begründung der neuen Internationale tatsächlich besaß, ohne daß sie es in irgend einer Weise angestrebt hätte. Der Stuttgarter Kongress ist der erste seit dem Jahre 1889, auf dem dieses Übergewicht nicht mehr in Erscheinung tritt.

Es bestand noch in Amsterdam. Noch war damals der französische Sozialismus gespalten, der englische Sozialismus anscheinend ohne Einfluß auf die Massen, ebenso der amerikanische und in Rußland der Zarismus noch erschüttert, eine offene Massenagitation im Proletariat unmöglich. Wie hat sich das alles seitdem geändert! Und nicht nur die Macht, auch das theoretische Verständnis der proletarischen Parteien des Auslandes ist überraschend gewachsen.

So sind wir jetzt in eine neue Epoche der Internationale getreten. Wurde die erste Internationale von England aus geleitet, hatte die zweite bisher ihren tatsächlichen Schwerpunkt in Deutschland, so besteht seit dem Stuttgarter Kongress neben der formellen Gleichberechtigung aller proletarischen Bewegungen auch die tatsächliche Gleichwertigkeit der wichtigsten unter ihnen; eine Gleichwertigkeit, die nicht auf einem Zurückbleiben der deutschen Sozialdemokratie, sondern auf einem rascheren Wachstum der bedeutendsten der ausländischen beruht, eine Gleichwertigkeit, die nicht zur Zersplitterung führt, sondern zu wachsender Harmonie und Geschlossenheit, weil sie auf dem Wachstum aller in gleicher Richtung beruht und weil sie allen Eiferjüchteleien ein Ende macht, die im stillen manche kleinere Organisation des Auslandes hie und da hegten, wenn sie die Überlegenheit der deutschen Sozialdemokratie bedrückend empfanden.

Diese selbst hat darum das Schwinden ihrer Überlegenheit aufs freudigste zu begrüßen; entspringt es doch nicht einem Schwinden ihrer eigenen Kraft, sondern dem raschen Zunehmen der Kräfte ihrer Brüder. Die Gleichwertigkeit der sozialdemokratischen Organisationen aller großen Kulturländer, sie erst bietet die feste Grundlage, die jeden unserer Fortschritte zu einem allgemeinen und unzertrennbaren macht.

## Mit Dernburg in Ostafrika.

### 1. „Deutsch“-Ostafrika den Deutschen.

„Mit“ Dernburg bereist Herr Emil Zimmerman Ostafrika und sendet einer Reihe von gutgefeimten bürgerlichen Blättern Berichte über seine Erlebnisse. Von Dar-es-Salaam, 8. August, schreibt er u. a.:

Noch ein Wort über die Arbeit der Bahngesellschaft. Da die Bahn mit Reichsgarantie gebaut wird, hätte man erwarten sollen, daß die den Bau ausführende Firma verpflichtet worden wäre, deutsche Ingenieure und Aufseher zu beschäftigen. Das scheint nicht gechehen zu sein. Der Oberingenieur ist Grieche, der Abteilungschef auf dem Streckenbau gleichfalls; übrigens ist dieser, Herr Scutari, ein feingebildeter in Deutschland erzogener Mann, der meine persönlichen Sympathien gewann. Das kann mich aber nicht veranlassen, irgend etwas zu unterdrücken. Die Lieferungen für die Bahn scheinen mehr als zu viel in griechische Hände zu gehen; als Aufseher auf der Strecke fand ich Griechen, Italiener, Levantiner, selbst einige englische sprechende Herren. Deutsche nur wenige. Möglichenfalls arbeiten jene Herren billiger; aber wenn

unser überseeische und Kolonialpolitik nur fremden Völkern zugute kommen soll, dann wird das deutsche Volk lieber darauf verzichten.“

### 2. Die Küstenschiff aber schreie: „Wir wollen keine Preußen sein!“

Ein von Scherl gestellter Reisebegleiter Dernburgs in Ostafrika aber erzählt, wie beim Kolonialsekretär die Beschwerdeführer ein- und ausgehen:

Ein dritter ist empört, daß ein Großunternehmer als Aufseher seiner farbigen Arbeiter Griechen lieber anstellt als Deutsche, weil die ersteren nach seiner Erfahrung mit diesen besser fertig werden als unsere ungeduldigen, heftigen und für das dem Küstenschiff wenig sympathische militärisch-korrekte schwärmenden Landsleute.

Mit dem Unteroffizierston unserer lieben „ungeduldigen, heftigen, für das Militärisch-Korrekte schwärmenden Landsleute“ kann man also den Küstenschiff nicht bekommen. Kein Volk der Welt verträgt preußisches Regiment, ausgenommen das deutsche allein! Also, erheben wir uns auf die Stufe der Küstenschiff, dann werden auch wir anstatt unserer ungeduldigen heftigen Landsleute milde und geduldige Griechen zu Aufsehern bekommen.

Und dann werden unsere teuren Patrioten Podbielski und Tippelskirch auch griechisch. Oder sind sie es am Ende schon im geheimen?

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Sinaus mit der Sozialdemokratie!

Nämlich aus den Parlamenten, in erster Linie aus dem Reichstag. Diese Forderung haben reaktionäre Politiker schon oft erhoben. In ihr gipfeln auch die Ausführungen, die ein Herr R. Eichhorn über „Wahlrecht und Volksvertretung“ in einer in der Verlage von R. Georgi, Bonn, erschienenen Flugchrift macht, dessen wesentlichen Inhalt die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt. Der Verfasser geht von der Meinung aus, daß der Einfluß des Wahlrechts auf die politischen Zustände eines Landes zweifellos sehr überschätzt werde. Er glaubt darin mit dem Fürsten Bismarck übereinzustimmen und behauptet, daß man dem Wahlrecht ganz unerfüllbare und unlösbare Aufgaben stelle, wenn man fordere, daß alle Personen und alle Interessen ihre verhältnismäßige Vertretung im Parlamente finden müßten; außerdem vergesse man bei diesem Gedankengange, daß der bloßen Vertretung eines politischen Interesses im Parlamente praktische und große Bedeutung nicht zukomme, da die Volksvertretung kein objektives Richterkollegium sei, sondern von der Stimmung der Mehrheit geleitet werde. Deshalb sei der Gedanke eines Verhältnismahlrechts zwar in der Idee gut, in der Praxis aber doch ohne erhebliche Bedeutung. Zur Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse komme es weniger darauf an, daß in einem Parlamente alle Volkskreise vertreten seien, als vielmehr darauf, daß eine Vertretung zu Stande komme, die praktische Arbeit im Volksinteresse leisten könne. Wenn sie das aber tun solle, so müsse sie alle Elemente, welche auf die Störung, Aufhebung oder gewalttätige Revolutionierung der Staatsordnung ausgehen, von sich ausschließen. ... Wären die Sozialdemokraten aus dem Reichstage heraus, so würden nach seiner Überzeugung die Mehrzahl der Mängel, die man heute dem Reichstagswahlrecht nachsagt, mit einem Schlage beseitigt sein. Er hält es für die unbedingte Pflicht des Staates, vor allem die Gesetzlosigkeit der sozialdemokratischen Ziele festzustellen und die Sozialdemokraten von der Volksvertretung auszuschalten. Außerdem sollen nach seiner Auffassung dem Reichstagswahlrecht gewisse Gegengewichte gegeben werden, zum Beispiel Diätenlosigkeit, Öffentlichkeit der Wahlen, ein Sozialistengesetz, härtere Fühlung und bessere Weisung des Volkes durch die Organe der Regierung. Das „vielverleumdete“ preussische Wahlrecht scheint dem Herrn Eichhorn viel besser zu wirken als das Reichstagswahlrecht „in seiner jetzigen, gegengewichtslosen Ausstattung“. Es habe dem preussischen Volke eine Volksvertretung gegeben, die sich über ein halbes Jahrhundert lang bewährt habe!!!

Solche Töne klingen selbstverständlich lieblich in den Ohren aller Reaktionäre. Wenn die Vertreter der schaffenden Volksmassen aus dem Reichsparlament verschwinden, dann könnten die Mandatäre des Befehles so recht aus dem Vollen wirtschaften und auch die Gesetzgebung völlig in den Dienst der kapitalistischen Reichtumschöpfung stellen. Aber so einfach, wie sich der Herr



Eichhorn es vorstellt, ist das Problem des Hinabwurfs der Sozialdemokraten nicht zu lösen. Dafür ist das Proletariat heute ein viel zu bedeutender wirtschaftlicher, wie infolge dessen auch politischer Faktor geworden. Die Streiffrage dreht sich deshalb ja heute auch nicht um eine Einschränkung, sondern um eine Erweiterung der Volksrechte. Der Versuch, durch obige Forderungen den Erweiterungsbestrebungen ein reaktionäres Gegengewicht zu geben, scheitert an dem Gewicht der Tatsachen.

### Der Stand der Reichsfinanzen.

Dem „Reichsanzeiger“ zufolge haben sich nach dem Finalabschluss der Reichshauptkasse, abgesehen von den auf die außerordentlichen Deckungsmittel angewiesenen Ausgaben die Ergebnisse des Reichshaushalts 1906 im Vergleich zum Etat folgendermaßen gestaltet: Beim Reichstage waren 1 430 000 Mk. mehr erforderlich, für das Auswärtige Amt einschließlich Kolonialverwaltung ergab sich eine Mehrausgabe von 566 000 Mk., Reichsamt des Innern eine Weniger Ausgabe von 1 943 000 Mk. Für das Reichsheer waren bei den fortwährenden Ausgaben 2 807 000 Mk., bei den einmaligen 452 000 Mk. mehr erforderlich. Diesen Mehrausgaben steht eine Mehreinnahme von 680 000 Mk. gegenüber, so daß das Gesamtergebnis beim Reichsheer sich gegen den Etat um 2 579 000 Mk. ungünstiger stellt. Bei der Marinereform schließen die fortwährenden Ausgaben mit 1 491 000 Mk., die einmaligen mit einem Mehraufwand von 452 000 Mk. ab. Bei den Fonds des Reichsschatzamtis bezieht sich die Minderausgabe auf 22 180 000 Mk. Die Verwaltung der Verzinsung der deutschen Reichsschuld schloß mit einer Mehrausgabe von 5 116 000 Mk. Beim Titel Reichsinvalidenfonds entstanden insgesamt 1 310 000 Mk. Mehrausgaben. Bei den einmaligen Ausgaben der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sind 229 000 Mk. als ungewendet in Abgang gekommen. Insgesamt bleiben die Mehrausgaben hinter den Minderausgaben um 11 286 000 Mk. zurück. Die Einnahme an Verbrauchsabgabe für Branntwein sowie an Reichsbörsen- und Branntweinsteuer, deren Keinertrag den einzelnen Bundesstaaten zu überweisen ist, blieb um 3 555 000 Mk. hinter dem Statsvoranschlag zurück, dagegen haben die Reichssteuerabgaben für Wertpapiere 5 500 000 Mk. mehr erbracht, jedoch an Überweisungssteuern insgesamt 1 945 000 Mk. mehr aufgebracht. Von den dem Reiche zustehenden Steuern um. haben Mehrerträge gebracht: die Zigarettensteuer 2 687 000 Mk., die Zuckersteuer 8 404 000 Mk., die Salzsteuer 1 774 000 Mk., die Schanweinsteuer 474 000 Mk., die Brausteuer 10 844 000 Mk., der Spielkartenstempel 71 600 Mk., die Wechselstempelsteuer 2 407 000 Mk., der Frachtmarkenstempel 114 000 Mk., die staatliche Gebühr 145 000 Mk. Gegen den Voranschlag zurückgeblieben sind: die Zölle um 3 654 000 Mk., die Tabaksteuer um 900 000 Mk., die Reichssteuerabgaben für Personalausgaben um 12 437 000 Mk., für Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge um 816 000 Mk., und für Vergütungen an Mitglieder der Aufsichtsräte um 4 598 000 Mk. sowie die Erbschaftsteuer um 3 891 000 Mk. Bei der Branntweinsteuer, die in der Gestalt von Vergütungen für ausgeführten oder zu gewerblichen Zwecken verwendeten Branntwein wieder zur Veranlagung gelangt, sind für diesmal 1 623 000 Mk. mehr veranlagt als veranlagt worden. Von den Betriebsverwaltungen hat nur die Reichsbahnverwaltung bei einer Mehreinnahme von 10 243 000 Mk. und einer Mehrausgabe von 5 515 000 Mk. ein Mehr und zwar in Höhe von 4 728 000 Mk. abgelehrt; dagegen sind die Reichspost- und Telegraphenverwaltung bei einer Mehreinnahme von 12 881 000 Mk. gegenüber einer Mehrausgabe von 18 069 000 Mk. um 5 188 000 Mk. und die Reichsdruckerei bei einer Mehreinnahme von 1 634 000 Mk. gegenüber einer Mehrausgabe von 1 728 000 Mk. um 94 000 Mk. hinter dem Anschlage zurückgeblieben. Die Einnahmen aus dem Bankwesen stellen sich um 13 514 000 Mk. gegen den Etat höher. Die verschiedenen Verwaltungseinnahmen sind unter Einrechnung der oben bereits erwähnten Mehreinnahme bei der Herrschaftsverwaltung um 4 908 000 Mk. über das Etatsjahr hinausgegangen. Die Ausgleichsbeträge für die nicht allen Bundesstaaten gemeinsamen Einnahmen sind dem Mindereintrag der letzteren entsprechend um 921 000 Mk. hinter dem Etatstill zurückgeblieben. Bei der Reichsfinanzverwaltung sind, wie oben erwähnt, 1 945 000 Mk. Mehretrag aus den Reichssteuerabgaben vom Soll im Abgang geblieben worden. Hiernach sind an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reiche zustehen, im ganzen 15 948 000 Mk. mehr aufgetrieben. Da der Ausgleichsbetrag, einschließlich der vollständig aus ordentlichen Mitteln des Reichs gebildeten Überweisung des Reichsinvalidenfonds von 813 000 Mk., wie oben nachgewiesen, um 11 286 000 Mk. hinter dem Voranschlag zurückgeblieben, ergibt sich für das Rechnungsjahr 1906 ein Mehretrag gegen die Voranschläge des Etats um 27 229 000 Mk. Dieser Betrag kommt gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. Mai 1904, betreffend Änderungen im Finanzwesen des Reichs, den Bundesstaaten auf den Teil der Reichssteuerabgabe zu, deren Erhebung nach § 4 des Gesetzes vom 31. Mai 1906 vorläufig ausgesetzt und der gemäß mit noch 55 633 000 Mk. als Einzahlung in das Rechnungsjahr 1907 übernommen werden ist.

Zuletzt ist es aus diesem Jahresbericht die amtliche Annäherung der Tatsache, daß man sich über die Ergebnisse der jüngsten Reichsfinanzverwaltung erg. gewährt hat.

### Von Salomo Schneider

Wird jetzt der Bundtags-Abgeordnete Reinhard Schmidt, der „Mann mit dem grauen Haupthaar“, wie er sich einst so gerne nennen ließ, von politischen Dreyen. Nachdem kürzlich schon einmal Herr Schmidt der Welt kund und zu wissen kam, daß er eine Unterredung mit dem Reichsheer geführt, machte der Telegraph wieder aus Karlsruhe, daß der Bundtags-Abgeordnete Reinhard Schmidt dort angekommen und von Fürst Bismarck empfangen worden sei. Wahrscheinlich soll Fürst Bismarck dem ersten Reichspräsidenten von Preußen, Kaiser Wilhelm auf die Hand legen.

### Noch eine Peters-Akte!

In den „Hamburger Nachrichten“ gibt Peters bekannt, daß er nun auch gegen den Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ in Berlin, Herrn v. Bennigsen, Beleidigungsklage eingereicht hat. Bennigsen hatte im März 1906 in der „Kölnischen Zeitung“ berichtet: Es liege bei den Peters-Akten im Auswärtigen Amt ein Brief von Peters an den Bischof Woodwood von Manila, der denselben Inhalt habe, wie der gefälschte Zuckerbrief; es handle sich bei dem ganzen Zuckerbrief-Streit also nur um eine Namensverwechslung.

Peters bezeichnet diese Angabe als eine Unwahrheit und läßt durchblicken, daß Bennigsen seine Wissenschaft von dem Geheimen Legationsrat a. D. Hellwig habe, der dieselbe Behauptung schon 1903 dem Herrn v. d. Heydt gegenüber aufgestellt habe. In dem Prozeß will Peters v. d. Heydt darüber vernehmen lassen und dann „die erforderlichen Maßnahmen gegen Herrn Hellwig ergreifen“. Herr Hellwig wird unmittelbar der Vorwurf der Verleumdung gemacht. Peters schreibt: „Der kannte die Akten ganz genau und wenn er eine solche Behauptung ausspricht, wird er sich kaum mit Irrtümern entschuldigen können.“

Der Prozeß verspricht demnach sehr interessant zu werden. —

### Das Wörmann-Monopol.

Wie aus Berlin gemeldet wird, sind unter Aufhebung der bisher zwischen dem Reiche und der Wörmann-Gesellschaft bestehenden Abmachungen jetzt zwischen dieser Gesellschaft und dem Staatssekretär Derenburg als Vertreter des Fiskus neue Verträge geschlossen worden, die das Landungsweisen in Lüderbücht und Swakopmund eingehend regeln. Der Fiskus verpflichtet sich, für die Dauer der Verträge die Beförderung sämtlicher in Lüderbücht und Swakopmund für seine Rechnung ankommenden und abgehenden Personen, Güter und Tiere zwischen Schiff und Land der Wörmann-Linie zu übertragen. Beide Verträge endigen am 31. März 1909. Eine auf Wunsch der Regierung eingetretene Verlängerung auf weitere 6 Monate, als ihr das Recht zusteht, kann sich nur auf beide Verträge gemeinsam erstrecken. Über alle Ansprüche, die sich aus dem Vertragsverhältnis ergeben, soll unter Ausschluß des Rechtsweges ein Schiedsgericht entscheiden.

### Die Ausländer im Deutschen Reiche.

Als weitere Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 werden in dem dritten Vierteljahrsheft zur „Statistik des Deutschen Reichs“ 1907 Nachweise über die Staatsangehörigkeit der Bevölkerung des Deutschen Reichs veröffentlicht. Hiernach waren von den 60 641 278 ortsanwesenden Personen 59 610 462 Reichsangehörige, 1 028 560 Reichsausländer, und zwar 599 320 männliche und 429 240 weibliche sowie 2256 Personen, deren Staatsangehörigkeit nicht ermittelt ist. Der Anteil der Ausländer an der gesamten Bevölkerung ist seit dem Jahre 1900 von 13,81 v. H. auf 16,96 v. H. gestiegen, also durchschnittlich jährlich um 4,2 v. H., gegen 8,2 v. H. im Zeitraum 1895 bis 1900.

Das größte Kontingent der Fremden stellt Österreich-Ungarn, denn 51,12 v. H. aller Reichsausländer, also mehr als die Hälfte, stammen aus dem Nachbarreiche. Erst im weiten Abstand folgen Rußland mit 10,37 v. H., die Niederlande mit 9,82 v. H., Italien mit 9,54 v. H. und die Schweiz mit 6,12 v. H. Diese fünf Staaten liefern zusammen sieben Achtel der gesamten Zahl der Reichsausländer. Im letzten Jahrzehnt wiesen von allen Ausländern die Russen verhältnismäßig die stärkste Zunahme auf. Ihre Zahl ist von 46 971 auf 106 639, also um 59 668 oder 127 v. H. gewachsen. Erheblich war auch die Zunahme der Angehörigen Österreich-Ungarns, deren Zahl von 390 914 auf 525 821, das heißt um 134 907 oder 34,5 v. H. wuchs, sowie die Zunahme der Italiener, deren Zahl sich von 69 760 auf 98 165, das heißt um 28 405 oder 41 v. H. erhöhte. Von den Staaten und Landesteilen haben im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl die meisten Ausländer: Elßaß-Lothringen 79 431 oder 43,77 v. H., Königreich Sachsen 161 534 oder 35,83 v. H., Bremen 872 (33,30 v. H.), Hamburg 22 855 (26,12 v. H.), Berlin 45 879 (28,96 v. H.), Rheinland 151 537 (23,55 v. H.), Baden 41 428 (20,60 v. H.), Schleswig-Holstein 30 863 (20,52 v. H.) und Bayern rechts des Rheins 113 603 (20,15 v. H.)

### Rußland.

#### Denunzianten-Pflicht.

Der Zarische Generalgouverneur, Skalon, hat eine Verfügung erlassen, wodurch sämtliche Ärzte und Barbier verpflichtet werden, Patienten, die sich mit Schußwunden melden, sofort bei der Polizei anzuzeigen. Bei Übertretung dieser Verfügung unterliegen die Schuldigen einer Strafe bis 3000 Rubel oder 3 Monate Arrest.

### Holland.

Wieder ein Kolonialkrieg. Nach amtlicher Mitteilung bezüchtigen sich die niederländischen Truppen einer Verletzung in der Landschaft Bato (Celebes). Der Feind hatte 31 tote, darunter des Hauptes des Widerstandes. Viele Hauptlinge unterwarfen sich mit ihrem Anhang.

### Alien.

Wie Japan „kultiviert“. Der „Frankf. Zeitung“ wird über Amoy gemeldet: In Korea werden grausame Maßregeln gegen Eingeborene durchgeführt. Ganze Orte werden niedergebrannt und viele Verdächtige erschossen. — So „kultiviert“ Japan im fernem Osten genau nach europäischem Muster. Selbstredend halten die Koreaner nicht mit. Sie nähern sich durch Ermordung japanischer Beamter.

### Marokko.

Weitere Kämpfe um Casablanca. Eine außerordentlich heftige unternehmene Kollisionszierung führte zu einem heftigen Kampf mit dem in der Umgebung der Stadt lebenden Stämmen. Diese hatten große Verluste. Im jüngsten Kriege betrug die Verluste 8 tote und 17 Verwundete. Unter den Toten befanden sich Major Prevost vom 1. Regi-

ment der Fremdenlegion und ein Leutnant von den Schützen. — Nach einer Meldung des „Temps“ aus Tanger dauerte der gestrige Kampf von 7 Uhr morgens bis 2 1/2 Uhr nachmittags. Ein Feldwebel der freiwilligen Schützen wurde tödlich verwundet. Die Marokkaner griffen mit dem Gefang von Koransuren an. Die eingeborenen Freiwilligen hielten aber ihren Ansturm aus, ohne zu weichen und zu wanken. Das französische Lager wäre beinahe erobert worden. Der Feind kam auf eine kurze Entfernung heran, ehe er zurückwich. Der Horizont war schwarz von feindlichen Reiterfähren. Einer Meldung der „Liberte“ zufolge wurde die Aufklärungsabteilung bei Casablanca von 6000 Marokkanern angegriffen. Major Prevost wurde erst nach der Beendigung des Kampfes bei der Rückkehr ins Lager getötet.

Dem Sultan Abdul Aziz von Marokko haben die Alamas in Fez volles Vertrauen ausgesprochen und Muley Hafid für einen Empörer erklärt.

Mehrere Ratgeber des Sultans in Fez sollen ermordet worden sein.

Die Marokkaner sollen bei den Kämpfen am 28. August und am 1. September 800 Mann verloren haben.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 5. September.

Das Wahlrecht zur Bürgerchaft ein „vernünftiger Ausgleich widerstrebender Interessen.“ Die Lübeckischen Anzeigen bringen folgende Notiz:

Sozialdemokratie und Bürgerchaftswahl Das hiesige Sozialistenblatt nennt zum so und so vielen Male unser seit drei Jahren eingeführtes Wahlgesetz für die Bürgerchaft ein Wahlrecht und höhnt über den „Gerechtigkeits“ Sinn der „erstklassigen“ Bürgerchaftsvertreter. — Wir finden, daß das den heutigen Verhältnissen durchaus und zweckmäßig angepaßte Wahlgesetz lediglich und allein dem einseitigen Vorgehen der Sozialdemokratie zu danken ist. Hätte dort ein wenig mehr die Gerechtigkeit gewaltet, daß nicht einer einzigen, noch dazu politischen Partei die Herrschaft in unserem Rathause zu fallen kann, man hätte noch lange Jahre das alte Wahlrecht, der gleichen und direkten Wahlberechtigung aller Bürger in einer Klasse bestehen lassen können. Hat je ein Stand die gleich unvernünftigen Ansprüche gestellt? — Keiner! — Hier bei uns in Lübeck nicht und auf der ganzen Welt nicht. Einzig und allein der Sozialdemokratie ist diese Einseitigkeit vorbehalten und das hat selbstverständlich zu Abwehrmaßregeln führen müssen. Eines „Wahlrechts“ könnten wir uns versehen, wenn die Sozialdemokratie das Geste in die Hand bekommen hätte; so ist ein Wahlrecht geschaffen, das allen Bürgern das Recht gibt, ihre Vertreter in die wichtige gesetzgebende Körperschaft zu entsenden, nur so kann ein vernünftiger Ausgleich bei widerstrebenden Interessen gefunden werden.

Die Behauptung, daß die Wahlentziehung dem „einseitigen“ Vorgehen der Sozialdemokratie zuzuschreiben sei, ist geradezu lächerlich und soll nur dazu dienen, das von den herrschenden Klassen verübte Unrecht in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen. Direkt un wahr ist es, daß die Sozialdemokratie unvernünftige Ansprüche gestellt hätte. Von unserer Seite wird nur die Gleichberechtigung aller Lübeckischen Bürger verlangt, während die herrschenden Klassen für sich große Vorrechte beanspruchen. Auch wir wollen, daß alle Bürger im Parlament vertreten sind; das wird aber durch ein gerechtes Proportionalwahlrecht erreicht. Das Bürgerchaftswahlrecht betrachtet es aber als ein Unrecht, wenn es selbst nur gleich berechtigt ist. Wir werden auch in Zukunft das bestehende Wahlrecht zur Lübeckischen Bürgerchaft als ein schweres Unrecht gegen die große Masse des Volkes bezeichnen und nicht verschweigen, wo die Urheber dieses Unrechts zu finden sind.

Öffentliche Kartellversammlung am Mittwoch den 4. September. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf Abrechnungen der Kartellkasse und der Kasse des Arbeitersekretariats; dieselben wurden gedruckt vorgelegt und genehmigt. Die sodann vom Festkomitee des diesjährigen Gewerkschaftsfestes vorgelegte Abrechnung ergab eine Einnahme von 3197 Mk. 70 Pf., der eine Ausgabe von 2290 Mk. 85 Pf. gegenübersteht. Der Überschuß von 906 Mk. 45 Pf. wurde wie folgt verteilt: 50 Mk. den Ferienkolonien, 50 Mk. der Walderholungsstätte, 100 Mk. der Genossenschaftsbibliothek, 25 Mk. der Pionieranstalt und 100 Mk. den Holzarbeitern. Der Rest wurde der Kartellkasse überwiesen. — Der dann zur Beratung stehende Antrag der Metallarbeiter auf Herabsetzung des Beitrages zum Arbeitersekretariat entfesselte eine längere Debatte. Während der Vorstand der Metallarbeiter-Organisation, welcher mit beratender Stimme der Sitzung beizuhönte, unter Zugrundelegung der Statistik im Jahresberichte des Arbeitersekretariats, warm für den Antrag seiner Gewerkschaft eintrat, gingen die Gegner des Antrags, welche sich an die Zahlen der Abrechnungen hielten, scharf gegen die Form der Begründung und den Antrag selbst vor. Schließlich wurde der Antrag auf Herabsetzung des Beitrages gegen wenige Stimmen abgelehnt; auch ein Antrag, eine Kommission einzusetzen, welche an der Hand der Quartalsabrechnungen der einzelnen Gewerkschaften die Beitragsleistungen zum Arbeitersekretariat prüfen sollte, wurde abgelehnt. — Zu dem Punkte Gewerbegerichts-wahl wurde beschlossen, die Kartellkommission mit den Vorbereitungen zu der Wahl zu betrauen. Dieselbe soll sich mit dem Stadt- und Landamt oder dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts ins Einvernehmen setzen, um ein möglichst glattes Abwickeln der Geschäfte bei der Anmeldung zur Wählerliste zu erzielen. Bei der diesmaligen Wahl, welche nach dem neuen Gesetz stattfindet, werden nur solche Wähler in die Wählerliste aufgenommen, welche sich vor dem Wahltermin mit einem sogenannten Wahlberechtigungschein versehen haben. Dieser Schein wird vom Stadt- und Landamt erteilt auf Grund einer Anmeldung. Bei der Anmeldung soll nachgewiesen werden: das gesetzliche Alter, die genügende Aufenthaltsdauer in Lübeck und das gewerbliche Arbeitsverhältnis. Sache der Kartellkommission wird es sein, die Behörden zu bewegen, die Anmeldungen auch ortsweitere oder werksittweise entgegenzunehmen, da sonst die vorgesehene 14tägige Frist dazu kaum ausreichen dürfte. — Behufs Nominierung von Kandidaten wurden die Delegierten beauftragt, in ihren Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß geeignete Vorschläge aus den Versammlungen heraus bis zur nächsten Kartellversammlung dem Vorsitzenden, Genossen Körner, gemeldet werden. Die nächste Versammlung wird unter diesen Vorschlägen die zwölf Vertreter und 6 Stellvertreter auswählen. Alsdann berichten noch die Tabakarbeiter und Stukkateure über ihre glänzend verlaufenen Lohnbewegungen; die „Soli-



Arbeiter legen eine Abrechnung vor über ihren ver-  
flossenen Streik; die Böttcher berichteten, daß sie in den  
Ausstand getreten seien zwecks Erringung einer kürzeren  
Arbeitszeit. Die Gastarbeiter stehen in einer  
Lohnbewegung. Aber die in diesem Winter in Aussicht ge-  
nommenen Vorträge berichtete der Vorsitzende eingehend.  
Die Versammlung stimmte den Vorschlägen zu und gab noch  
einige Anregungen.

**Gleiche Brüder.** Die Hirsch-Dunckerschen und die christ-  
lich-nationalen Gewerksvereiner in Lübeck sind sich aus Kon-  
kurrenzneid gegenseitig in die Haare geraten. Auf der Geis-  
wiese des „Landboten“ regalierten sie sich gegenseitig mit  
Lobenswürdigkeiten, die auf das eifrige und auch erfolgreiche  
Studium des „Sauerbrentons“ schließen lassen. Die Schlich-  
linge des Unternehmertums bezichtigten sich des Streikbruchs,  
der Verleumdung, der Feigheit und ähnlicher schöner Dinge.  
Wir zweifeln nicht daran, daß alle diese Anschuldigungen  
ihre Berechtigung haben. Den Haupttrumpf spielt jedoch  
ein angeblich „Unbeteiligter“ aus, indem er schreibt: „Der  
Referent der christlich-nationalen Arbeiter soll, wie ich hörte,  
im Reichstags-Wahlkampf in Dresden Agitator der  
konservativen Kampfes sein. Wie stellt sich das aber  
zur Arbeiterbewegung?“ — Wenn man dem konservativen  
christlichen Agitator Hartmann den Vorkämpfer der ver-  
einigten Lübecker Reaktion, Lange, an die Seite stellt, so hat  
man das Bild zweier einander gleichwertigen „Führer“ und  
„Förderer“ der Arbeiterbewegung, bei dessen Anblick dem  
Unternehmertum das Herz im Leibe vor Freude hüpfet.

**Arg verschmüpft** hat der in Nr. 203 des „Volksboten“  
enthaltenen Artikel, betitelt „Christlich-nationaler Hirsch-  
Dunckerscher Kuddelmuddel“, bei den Hirschen. Der „Stadt-  
und Landbote“, der jetzt den Untertitel „Publikationsorgan  
des Verbandes deutscher Gewerksvereiner (S.-D.)“ führt,  
muß in jeder Nummer einige Notizen bringen, in denen be-  
hauptet wird, der Bericht des „Volksboten“ entspreche nicht  
der Wahrheit. Jedesmal wird jedoch mit gleicher Pünkt-  
lichkeit unterlassen, für die Richtigkeit dieser Behauptung  
auch nur die Spur eines Nachweises zu bringen. Unter  
solchen Umständen wird wohl niemand daran glauben, daß  
der Artikel des „Volksboten“ nicht mit den Tatsachen über-  
einstimmt. Das Bestreben, sich lächerlich zu machen, bewegte  
einige Hirsch-Dunckersche Gewerksvereiner am Hofhofenwerk  
zur Annahme folgender Resolution: „Die am Sonntag, den  
1. September, im Lokale des Herrn Dietelmann in Rönning  
versammelten Mitglieder des Gewerksvereins der Maschinen-  
bauer und Metallarbeiter Hofhofenwerk erklären einstimmig,  
daß der Bericht in Nr. 203 des „Volksboten“ aus Unwahr-  
heiten und Verdrehungen besteht.“ — Das ist zwar sehr kurz,  
aber dafür auch recht einsältig. Wir meinen, die Resolutio-  
näre hätten ihrer Sache mehr gedient, wenn sie irgend eine  
„Unwahrheit“ oder „Verdrehung“ angegeben hätten; so  
haben sie nur den Beweis geliefert, daß sie das  
nicht können. Das stand übrigens von vornherein  
schon fest.

**Wort und Tat.** In dem Organ der deutschen Buchdruck-  
Unternehmer lesen wir: Der hiesige Verleger der „Lübecker  
Vorstadt-Zeitung“ hat es sich in seiner Zeitung zum Prinzip  
gemacht, die Alarmtrompete gegen die Warenhäuser zu  
blasen, indem er immer wieder darauf hinweist, daß durch  
dieselben viele kleine Existenzen ruiniert werden. Mag dies  
nun berechtigt sein oder nicht, das soll hier nicht weiter fest-  
gestellt werden. Doch weiter! In dem benachbarten  
Schwartau erscheint seit einigen Jahren das „Anzeigenblatt  
für das Fürstentum Lübeck“. Für den Ort mit etwa 5000  
Einwohner genügt das Organ vollständig. Seit dem  
25. d. Mts. gibt nun der obige Verleger unter dem Titel  
„Zentral-Anzeiger für Schwartau“ eine Zeitung heraus.  
Dieses neue Organ kostet vierteljährlich bei dreimal wöchent-  
lichem Erscheinen, — sage und schreibe — 25 Pfg., außer-  
dem sind die Abonnenten mit 300 Mark gegen Unfall ver-  
sichert. Wie Schreiber dieses in Erfahrung gebracht hat,  
soll der Verleger des „Anzeigenblatts“ sich infolge dessen ge-  
nügt sehen, sein Geschäft zu verkaufen. Wie nennt der  
Herr Verleger der „Vorstadt-Zeitung“ eine solche  
Ruiniierung eines fleißigen Handwerks-  
mannes? — Geschäft ist eben Geschäft! Die Leute, die  
den Mittelständler in der Theorie so wirksam zu stellen  
verstehen, haben gegen die Ruiniierung von Mittelständlern  
dann nichts einzuwenden, wenn ihnen dadurch ein Vorteil  
erwächst.

**Die Pachtung der Stadthalle durch den Staat.** Vor  
einiger Zeit wurde bereits gemunkelt, daß der Staat beab-  
sichtige die Stadthalle für mehrere Winter zu pachten, um  
dadurch dem neuen Stadttheater die Konkurrenz vom Halse  
zu halten. Jetzt ist diese Meldung zur Tatsache geworden.  
Dem Bürgerausschuß lag gestern folgender Senatsantrag  
vor: Bei den Beratungen der Theaterbaukommission hat es  
sich als erwünscht herausgestellt, dem Staate von dem Zeit-  
punkte der Eröffnung des neuen Stadttheaters an die Ver-  
fügung über das Stadthallen-theater zu sichern. Einmal ist  
es für den Betrieb des Stadttheaters von größter Wichtig-  
keit, die Konkurrenz des Stadthallen-theaters zu beseitigen,  
und sodann darf die Möglichkeit nicht außer acht gelassen  
werden, daß das Stadttheater zu dem in Aussicht genom-  
menen Termin, dem 1. Oktober 1908, nicht fertiggestellt werden  
kann. Sollte dieser Fall eintreten, so ist es dringend er-  
wünscht, dem Direktor des Stadttheaters das Stadt-  
hallentheater zur Verfügung stellen zu können, damit  
er bis zur Fertigstellung des Stadttheaters hier Aufführungen  
veranstalten kann. Diese Erwägungen haben der Theater-  
baukommission den Wunsch nahegelegt, mit dem jetzigen  
Eigentümer der Stadthalle, dem Maurermeister Wegner,  
wegen Überlassung der Stadthalle an den Staat in Unter-  
handlungen einzutreten. Hierzu ergab sich eine Gelegenheit,  
als Wegner, um eine anderweitige Hypothek abstoßen zu  
können, wegen der Gewährung eines staatlichen Darlehns an-  
trug. Wie sich hieran ankniependen Verhandlungen haben  
zu dem Abschluß eines Vertrages geführt, durch den dem  
Maurermeister Wegner unter bestimmten Bedingungen ein  
Darlehn von 100 000 Mark gewährt wird, während er zu-  
gleich bis zur Rückzahlung des Darlehns das Stadthallen-  
theater während der Winterspielzeit an den Staat verpachtet.  
Die Pacht ist auf 14 000 Mk. festgesetzt worden, wozu ein zu  
den Kosten der Beleuchtung zu leistender Zuschuß von  
7000 Mk. hinzukommt. War durch diesen Vertrag die zu  
berachtende Konkurrenz des Stadthallen-theaters für das  
Stadttheater beseitigt, so galt es weiter, die dem Staate ver-  
pachteten Räume anderweitig zweckmäßig zu verwenden.  
Dies ist nach Ausweis der in den Anlagen 2 und 3 abge-  
druckten Verträge gelungen. Durch den ersten verpachtet  
der Staat die ihm zur Verfügung stehenden Räume weiter  
für 43 Abende an den Verein der Musikfreunde gegen  
eine Pacht von 2000 Mark. Nach dem zweiten pachtet der  
Direktor des Stadttheaters, Intendantzrat Kurtisch aus  
Gera, die dem Staate von Wegner verpachteten Räumlich-  
keiten für diejenigen Abende, an denen diese Räume nicht  
dem Verein der Musikfreunde zur Verfügung zu stellen sind.  
Die Pachtsumme ist auf 19 000 festgelegt worden. Die  
Pachtverträge sind so abgefaßt, daß sie sich eng an den  
zwischen dem Staate und dem Maurermeister Wegner abge-  
schlossenen Pachtvertrag anschließen und endigen, wenn  
dieser aus irgend welchem Grunde aufhört. Nur der Pacht-  
vertrag mit dem Theaterdirektor Kurtisch ist auf längere  
Zeit abgeschlossen, was notwendig war, da auch der Theater-

**Betriebsvertrag über das neue Stadttheater** zunächst nur für  
die Zeit bis zum 19. Mai 1911 abgeschlossen ist. Das Finanz-  
departement hat dem Senate die abgeschlossenen Verträge  
vorgelegt. Der Senat ist mit den Verträgen einverstanden  
und beabsichtigt dementsprechend, den grundlegenden, am  
22. Juli 1907 zwischen dem Finanzdepartement und dem  
Maurermeister Rudolf Wegner in Lübeck abgeschlossenen  
Vertrag über die Gewährung eines Darlehens von 100 000  
Mark und über die Pachtung des Stadthallen-theaters durch  
den Staat mit der Maßgabe zur Mitgenehmigung der  
Bürgererschaft zu stellen, daß die für die Gewährung des  
Darlehens erforderliche Summe von 100 000 Mk. auf die  
Mittel der Staatsanleihe von 1906, die Kosten des Ab-  
schlusses der Verträge aber auf Abschnitt XIII der Ausgabe-  
seite des Stadtbudgets für 1907 angewiesen werden. Auf  
Abschnitt XIII stehen noch rund 16 800 Mk. zur Verfügung.  
— Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mit-  
genehmigung der Vorlage seitens der Bürgererschaft. — So  
ist denn das eingetretene, was von verschiedenen Seiten schon  
lange befürchtet wurde, nämlich, daß der Staat schließlich  
die verbaute Stadthalle übernehmen wird. Vorläufig ist  
das allerdings nur pachtweise geschehen; wie es schließlich  
kommen wird, ist nicht schwer zu erraten. Wir werden  
übrigens auf die Sache noch zurückkommen.

**Zu Vertretung.** Für die Dauer der Abwesenheit des  
Senators Dr. Eichenburg hat Senator Dr. Fehling den Vor-  
sitz im Kirchenrat, Senator Friedr. Ewers den Vorsitz in der  
Oberschulbehörde übernommen.

**Recht eigenartige Zustände** scheinen sich bei der Firma  
Schetelig u. Noll, Eisengießerei und Maschinenfabrik einzu-  
bürgern. Der in der Schlosserei fungierende Meister G.  
betreibt neben seinem Meisterposten den Verkauf von Fahr-  
rädern; den Hauptabsatz findet er bei den jüngeren Arbeitern  
seiner Abteilung, welche Räder auf Abzahlung bei dem  
Meister entnehmen können. Gegen den Verkauf der Räder  
hätten wir nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß derselbe  
nicht bei Arbeitsflaute mit den Entlassungen der älteren  
Arbeiter zusammenhängt, was jedoch der Fall sein soll.  
In letzter Zeit ist es nun vorgekommen, daß ältere Arbeiter,  
die drei Jahre und länger in der Fabrik beschäftigt waren,  
wegen Arbeitsmangel entlassen wurden, dagegen jüngere  
Arbeiter geblieben sind. Der Grund kann nur mit dem oben  
erwähnten Fahrradverkauf zusammenhängen. Dieses Ver-  
halten des Meisters ist auf das entschiedenste zu verurteilen  
und liegt es an den dort beschäftigten Kollegen selbst, hier-  
gegen Front zu machen.

**Differenzen bei der Firma Bernhöft & Wilde.** Ge-  
nannte Firma beschäftigt für ihre Arbeiten auf der Kohlen-  
hoede und beim Übergabe der Bunkerföhlen an die Dampf-  
schiffe im Hafen zwanzig Kontraktarbeiter. Es entstanden  
nun zwischen der Firma und den Arbeitern wegen der Aus-  
führung einer Arbeit Differenzen in bezug auf den Lohn.  
Eine Anzahl dieser Arbeiter sollte nämlich Kohlen, die sich  
in einer Schute befanden, auf den Platz tragen, wofür sie  
in Anbetracht der weiten Entfernung 4 Pfg. pro Zentner  
forderten. Die Firma hingegen wollte nur den für die ge-  
wöhnliche Entfernung festgesetzten Satz von 3 1/2 Pfg. pro  
Zentner zahlen. Nun glaubte die Firma, die Arbeiter durch  
ein rigoroses Vorgehen willfährig machen zu können, indem  
sie zwölf derselben kündigte; doch die übrigen acht erklärten  
sich mit den zwölf Kollegen solidarisch und reichten ebenfalls  
ihre Kündigung ein. Dann wandten sie sich an ihre zu-  
ständige Organisationsleitung um Vermittelung. Es haben  
nun auch drei Verhandlungen stattgefunden. (Als Gegen-  
maßnahme stellen die Arbeiter die Forderung: Aufhebung  
des Kontraktverhältnisses.) Die Firma erklärte sich zur  
Rücknahme der Kündigung bereit, aber nicht zur Aufhebung  
des Kontraktverhältnisses. Vielleicht hat die Firma schon  
von dem Hamburger Hafenbetriebsverein gelernt, und denkt  
sich in diesen festen Kontraktarbeitern eine Anzahl Streik-  
brecher sichern zu können für den Fall, daß es im Hafen  
einmal mit den organisierten Arbeitern zum Kampfe kommen  
sollte; denn anders ist die Stellungnahme der Firma nicht  
zu verstehen. Die Firma Bernhöft u. Wilde, welche bereits  
24 Jahre besteht, ist ohne Kontraktlich verpflichtete Arbeiter  
groß geworden und wird auch ohne solche weiter bestehen  
können. Die organisierten Arbeiter Lübecks werden gut tun  
und den vielleicht an sie ergehenden Lockungen der Firma  
unter dem Versprechen dauernder und lohnender Arbeit nicht  
folgen. Ein ehrlicher Arbeiter läßt sich nicht zu Kontrakt-  
arbeiten gebrauchen, wenigstens nicht mehr, nachdem die bis-  
herigen schlechten Erfahrungen damit gemacht worden sind.  
Seid also auf der Hut, Ihr Arbeiter Lübecks, und laßt Euch  
nicht als Kontraktarbeiter für die Firma Bernhöft u. Wilde  
anwerben.

**Fauler Eier im Kuchensteig.** Wegen Vergehens gegen  
das Nahrungsmittelgesetz hatten sich vor dem Schöffengericht  
zu verantworten der Bäckermeister Wilhelm Kr. und dessen  
Sohn Karl hier selbst. Die Anklage geht dahin: zu Lübeck  
fortgesetzt vom September bis Dezember 1906 l. zum Zweck  
der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- und Ge-  
nußmittel, nämlich Kuchensteig durch Zusatz von faulen Eiern  
verfälscht und erweiter: wesentlich diesen verfälschten Teig  
unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft zu haben.  
Die Angeklagten bestritten entschieden, faule Eier zum  
Backen verwendet zu haben. Mehrere Zeugen bekundeten die  
Verwendung fauler Eier in der Bäckerei der Angeklagten be-  
obachtet zu haben; auch wollten sie am Geruch wahrgenom-  
men haben, daß die Eier faul waren. Die Angeklagten  
geben an, der Geruch könne nur von weggeworfenen faulen  
Eiern kommen; übrigens würden die Käufer, die von der-  
artigem Teig hergestellten Backwaren bald zurückgebracht  
haben, da sie die faulen Eier wohl bald herausgeschmeckt  
haben würden. Chemiker Dr. Wegke hat Kuchen backen  
lassen unter Beimischung eines total faulen Eis. Er hat  
konstatirt, daß von dem faulen Ei weder etwas zu riechen  
noch zu schmecken war. Kr. sen. bleibt dabei, daß mit  
seinem Wissen nie ein faules Ei verwendet sei. Zu seinen  
Gunsten spricht ein von Zeugen bekundeter Vorgang, nach-  
dem er einmal, als ein faules Ei in den Teig geschlagen  
war, seinen Sohn aufforderte, das Ei zu entfernen. Kr. jr.  
ist der Aufforderung, vom Vater unbemerkt, nicht nachge-  
kommen, sondern hat das Ei verborgen lassen. Das Urteil  
lautet gegen Kr. sen. auf Freisprechung, gegen Kr. jr. auf  
150 Mk. Geldstrafe evtl. 15 Tage Gefängnis.

**Zivilistenweiber.** Ein eigenartiges Manöver-Ereignis  
gab es bei Klein-Andorf bei Parchim, wo das 1. Bataillon  
des 162. Infanterie-Regiments (Lübecker) un-  
mittelbar neben dem auf den Gutshof zuführenden Wege  
Bivak bezogen hatte. Die Gewehre waren zusammengepackt,  
es war abgekocht worden, die Zelte waren schon für die  
Nachtruhe aufgeschlagen, in bunten Gruppen lagerten die  
Soldaten, und namentlich um den Markentenderwagen herum,  
der auf der anderen Seite des Weges, wo das Getreide noch  
in Hocken stand, sich befand, entwickelte sich ein fröhliches  
und abwechselndes Treiben. Plötzlich ertönte laut die  
Stimme des Bataillons-Kommandeurs, des Majors  
Geise-Rotenburg: „Feldwebel, räumen Sie da  
mal auf, daß die Zivilistenweiber da nicht die Hocken  
runterrängen. Wollen Sie mal gleich machen, daß Sie da  
fortkommen?“ Dieser im höchsten Kommando ton ihr zu-  
geschrieenen Aufforderung leistete eine Frau, die an  
einer Ecke gelehnt, vom Wege ziemlich entfernt,  
also weitab vom Bivakplatze gesessen hatte, ärgern-

solche, während ihr Mann auf den Major zueilte  
und sich diese Behandlung seiner Frau verbat, indem er  
darauf hinwies, daß außerhalb des Bivakplatzes nur die  
Gutsbesitzer, nicht der Major etwas zu sagen habe. An-  
statt nun seine Abereilung zu bedauern, wurde der Major  
noch heftiger: „Halten Sie den Mund oder ich lasse  
Sie auf der Stelle verhaften. Feldwebel, notieren  
Sie den Mann, damit er angezeigt werden kann.“ Die  
„Parch. Ztg.“ schreibt hierzu: „Offenlich veräümt dieser  
„Zivilist“ es nicht, wegen des unerhörten Vorfalls, so-  
wohl wegen der Injurie, die mit dem wegwerfenden  
Ausdruck „Zivilistenweiber“ gegeben ist, als auch wegen  
öffentlicher Drohung mit Freiheitsberaubung den Herrn  
Major gerichtlich zu belangen, damit demselben gebührend  
zu Gemüte geführt werde, daß vor dem Richter ein  
jeder die verdiente Strafe findet, auch ein  
Major, und ein jeder Schutz, auch ein gegen derartige  
Behandlung für den Augenblick freilich wehrloses „Zivilisten-  
weib“. — Na warten wir mal ab, was dem Major  
passiert.“

Ein „Scherz“ soll nach dem Amtsblatt die Behauptung  
des „General-Anzeigers“ sein, nach welcher ein Mitglied des  
Zentralwahlkomitees für diesen Posten bereits 600 Mk. ge-  
zahlt hat. Wir messen diesem Dementi absolut keinen  
Wert bei. Ein Scherz, durch welchen Leute indirekt des  
Kaufes von einflussreichen Posten bezichtigt werden, würde  
doch an Infamie grenzen. Sollte Tobias Stillebergnüt einer  
solchen Infamie fähig sein?

**Zum Böttcherfreik** erhalten wir von der Fischon-  
senfabrik von Paul Lohrmann eine Zuschrift folgenden  
Inhalts:

In Ihrer gestrigen Abendausgabe schreiben Sie, daß  
in meiner hiesigen Fabrik ein Streik ausgebrochen sei.  
Ich teile Ihnen ergebenst mit, daß ich am 1. September  
wegen Unrentabilität den Betrieb eingestellt habe; ich habe  
solches den Leuten auch erklärt; dieselben sind ordnungs-  
gemäß entlassen und bitte ich, solches zu berichtigen.  
Hochachtend  
Paul Lohrmann.

**Arbeiterrisiko.** Der Arbeiter Burmeister war am  
Dienstag auf der Kochschen Schiffswerft mit der Errichtung  
einer Stellage an einem Schiffsnubau beschäftigt, als  
plötzlich die Stellage einstürzte, wobei B. aus einer Höhe  
von 4-5 Metern in den eisernen Tank fiel. Der Ver-  
unglückte, der sich eine Quetschung des rechten Oberschenkels  
sowie Verletzungen des rechten Oberarmes, des rechten  
Schulterblattes und des Kopfes zuzog, mußte sich sofort in  
ärztliche Behandlung begeben.

**Straßenperre.** Wegen vorzunehmender Sielarbeiten  
ist die Meierstraße von der Dornestraße bis zur Karpfen-  
straße vom Mittwoch, den 4. September d. J. ab bis auf  
weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

**Ein verirrter Hammel.** Das Polizeiamt macht be-  
kannt: Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß am  
Sonntag, den 1. September er. beim Bahnhofsnubau ein  
etwa 3/4 Jahr alter Hammel zugelaufen ist. Eigentumsan-  
sprüche sind bis zum 10. d. Mts. beim Polizeiamt geltend zu  
machen.

**Stadthallen-Theater.** Aus dem Theaterbureau schreibt  
man uns: Sudermanns stimmungsvolles Schauspiel „Das  
Glück im Winkel“ wird Freitag nochmals wiederholt.  
Die Besetzung ist die gleiche wie bei der Erstaufführung.  
Sonabend wird eine vollständige Doppelvorstellung  
zum Einheitspreise von 50 Pfg. auf allen Plätzen des  
Theaters gegeben werden, wobei zuerst das Lustspiel „Eine  
Barrie Piquet“, hierauf das sensationelle Schauspiel „Der  
Dieb“ zur Aufführung gelangt.

**Sansa-Theater.** Die ufste Wofse Rejeremann  
bleibt infolge der großen Zugkraft, die sie ausübt, auch noch  
für die folgende Tage auf dem Spielplan. Für Sonntag-  
nachmittag ist eine außerordentliche Familien- und Fremden-  
vorstellung vorgesehen, die um 4 Uhr beginnt und zu welcher  
bei halben Eintrittspreisen (also von 20 Pfg. bis 1.50 Mk.)  
die Wofse „Das rote Fuchsen“ gegeben wird. Es sei  
auf diese Nachmittags-Vorstellung hiermit besonders auf-  
merksam gemacht.

**Wilhelmtheater.** Man schreibt uns: In der morgigen  
Vorstellung von „Romeo und Julia“ wird Herr Hel-  
muth Pfund vom Stadttheater in Düsseldorf nochmals den  
„Romeo“ übernehmen. Um jedermann den Besuch dieser  
Vorstellung zu ermöglichen sind die Preise der Plätze be-  
deutend ermäßigt. Die vollständige Vorstellung am Sonn-  
abend dringt die letzte Aufführung von Thilo v. Trotha:  
„Sofgunst“.

**Schwartau.** Parteiversammlung. Die nächste  
Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am  
Freitag, den 6. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof  
„Trausaal“ statt. Da sehr wichtige Angelegenheiten, u. a.  
die Berichterstattung vom Provinzialparteitag in Altona, zur  
Verhandlung stehen, ist zahlreicher Besuch der Genossen drin-  
gend erforderlich.

**Cutin.** Ein Schauspiel für Götter bot am  
Sonntag der Kleine Cutiner See. Einem mit Gänsen daran  
vorbeiziehenden Händler ging das Federvieh plötzlich durch  
— 500 bis 600 Gänse nahmen ein Wellenbad. Der Mann tat  
das Klügste, was er tun konnte: er setzte sich in aller Ge-  
mütsruhe hin, um zu warten, bis der Hunger die Gänse  
wieder zu ihm zurückführte.

**Segeberg.** Ein Bureaukratenstück par ex-  
cellence. Unter dieser Stichmarke berichtet die reaktio-  
näre Presse: „Eine Oldesloer Schule, die einen Ausflüg  
nach hier gemacht hatte, marschierte in geschlossenem  
Zuge den Kalkberg hinunter in die Stadt. Beim Rat-  
hause hielt dem „Oldesl. Landth.“ zufolge, der Polizei-  
wachmeister den Zug an und teilte den Lehrern mit,  
daß ohne polizeiliche Erlaubnis unter Musi-  
kbegleitung der Zug nicht durch die Stadt  
gehen könne, ja dies auch nicht in geschlosse-  
nem Zuge statthaft wäre. Man hoffte, daß dies  
ein Irrtum sei. Lehrer Göppner ging zum Bürgermei-  
ster. Dieser bestätigte die erwähnte Antwort, wollte aber bereit-  
willig einen Erlaubnischein auf die gestempelten  
Bogen für 150 Mk. ausstellen lassen für die Musikbegleitung.  
Auf den Schein wurde verzichtet. Auch der Marsch  
in geschlossenem Zuge sei nicht gestattet,  
wurde weiter gesagt, worauf entgegnet wurde, daß die Schul-  
zucht und Disziplin dies bedingen, da sonst kein Zusammen-  
halten der Schüler möglich sei. In geschlossenem  
Zuge ging es nun wieder am See entlang nach  
dem Kurhause. Wie auch dem Bürgermeister entgegenge-  
halten, ist Segeberg die erste Stadt, in welcher der Schüler-  
zug mit dem Schülertorps verboten wurde. In der langen  
Praxis der führenden Lehrer ist diesen ein derartiges Ver-  
bot noch nicht vorgekommen.“ Wir sind auch stets der Mei-  
nung, daß es unnützlich ist, harmlosen Ausflüglern solche  
bürgerliche Preise überhaupt hat keine Berechtigung, sich hier  
zu beklagen, denn sie hat es noch immer gebilligt, wenn  
die Polizei den Arbeitern gegenüber in der rigoro-  
sesten Weise Unzüge und Feste verbietet.



Der hat der Bürgermeister doch noch Entgegenkommen gezeigt und den Erlaubnischein bereitwillig ausstellen wollen. Ein solches Entgegenkommen wird den Arbeitern in der Regel nicht gezeigt. Und wenn nun gar Arbeiter den Erlaubnischein zurückweisen und dann ohne Erlaubnis in geschlossenem Zuge weitermarschieren würden, dann hätten sie die „schwerste Strafe“ ob eines solchen „unflätzerischen“ Beginns zu erwarten.

**Obersum.** Ertrunkener Fischer. Dienstag ist der Fischer Jens Lebens Hinrichs aus Obersum, der mit seinem Boot nach Woltersum gefahren war, auf der Rückfahrt über Bord gefallen und ertrunken. Das Boot ist geborgen, während die Leiche bis jetzt noch nicht aufgefunden ist. Der Verunglückte war verheiratet und stand im Alter von ungefähr 60 Jahren.

**Kiel.** Untergang einer Lustjacht. Im Sund wurde, wie gemeldet wird, eine anscheinend mit zwei Personen bemannte Segeljacht in dem Augenblick gesehen, als sie durch einen Stofwind zum Kentern gebracht wurde und sank. Die nach der Unfallstelle abgelassenen Rettungsboote fanden von Schiff und Insassen keine Spur mehr vor. Die Jacht war weiß gestrichen und etwa 15 Meter lang.

**Kloster.** Wegen angeblicher Beleidigung des Stationsvorsehers Godeemann aus Wismar wurde im November v. J. der Genosse Kasparek, jetzt in Lübeck, als verantwortlicher Redakteur der „Medtblg. Volksztg.“ zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Freveltat wurde erblickt in einem dem „Westruf der Eisenbahner“ entnommenen Artikel, der die Sozialpolitik der medlenburgischen Eisenbahnverwaltung behandelte und auf den Umgangston jenes Stationsvorsehers hinwies. Die Hauptverhandlung entwarf ein großes Bild des Bureaunkratismus und der Sparpolitik der medlenburgischen Eisenbahnverwaltung und trotz der ernüchternden erziehenden Abstände hatte der Staatsanwalt, in Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des

Verfassers eine Gefängnisstrafe von nur 14 Tagen beantragt. Da das Gericht aber die angeblich so stark rampantierte medlenburgische Beamtenehre durch die oben erwähnte Geldstrafe genügend repariert glaubte, legte der Staatsanwalt Revision beim Reichsgericht ein, mit dem Erfolg, daß die Angelegenheit zur erneuten Verhandlung an die Strafkammer zurückverwiesen wurde. In der gestern stattgefundenen zweiten Verhandlung verschaffte der Staatsanwalt unserem Genossen zwar abermals keine Gefängnisstrafe, doch soll er für seine Sündhaftigkeit als erhöhtes Süchnepfer 100 Mk. an die medlenburgische Justizkasse bleihen.

**Handels- und Marktnachrichten.**

**Lübecker Marktpreise vom 4. September.**  
 Bauern-Butter Pfd. 1,10—1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Hasen — Mk., Enten 3—3,25 Mk., Hühner 1,60—2 Mk., Küken Stk. 1,00—1,20, Lauben Stk. 0,55 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Fildgans — Mk., Schweinestopf Pfd. 0,45—50 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Würst Pfd. 1,30 Mk., Eier 8 u. 9 Stk. 60, Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Sechse Pfd. 70 Pfg., Barische Pfd. 70 Pfg., Mal Pfd. 0,90—1 Mk., Serringe 2 10 Pfg., Dorische genüg., Brachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,10—0,30 Mk., Keffel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pflanzen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kürbisen Pfd. 20 Pfg., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pfg., Kohl, 100 Pfd. — Mk., Süßwasserfische genügend, Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pfg. — Schleie Pfd. 1,70 Mk., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk.

**Getreidepreise.** Lübeck, 4. Septbr.  
 Weizen, 112—118 Pfd., holl. 180—205 Mt. Roggen neuer 116—124 Pfd., holl. 170—192 Mt. Hafer nach Qualität 170—180 Mt., hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 165—175 per 1000 Kilo.

**Butter-Notierungen**  
 b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.  
 Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.  
 Hamburg, 28. August.  
 1. Klasse 233 Drittel zu 116,45 Mt. im Durchschnitt.  
 2. „ 27 „ „ 110,69 Mt. „ „

**Sternschau-Viehmarkt**  
 4. September.  
 Der Schweinehandel verlief langsam. Zugeführt wurden 580 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 62,— Mt., leichte 62,— Mt., Sauen 54—58 Mt. und Ferkel 58—61 Mt. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.  
 Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksblatt“

**Komitee- u. Kommissions-Sitzungen**

**Arbeiter-Abstinenz-Bund.**  
 Heute Donnerstag abend 8 1/2 Uhr.  
 Komiteesitzung  
 vom Stiftungs-Fest der Zimmerer  
 am Dienstag, den 10. September,  
 abends 8 1/2 Uhr.  
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52

Unserm Stellmeister F. Wolf III. ein dankendes Hoch zu seinem 57. Weizenfeste.  
 Zu nachten gesucht  
**eine Wirtschaft.**  
 Kaufmann nicht ausgeschlossen.  
 Off. u. Z. U. 23 an die Exp. d. Bl.  
 Zu kaufen gesucht ein Haus vom Gärtner, Belgier oder Bleicherstraße bevorzugt.  
 Nachr. mit Preisang. u. S. K. 32 an die Exp. d. Bl.  
 Ein englisches Schlafzimmer, Sofa lackiert und eine Kommode, Stuhlbeim lackiert.  
 Schillingstraße 41.  
 Ein gut erhaltenes älteres Sparherd billig zu verkaufen.  
 Mangengrabenstraße 21.  
 Zu verkaufen ein Photograph mit 15 Bildern und ein Wasserträn.  
 Meierstraße 3.  
 Ein gut erhaltenes Dannebroschees Nähmaschinen und ich. Klein.  
 zu verkaufen Oberstraße 12, II.  
 Ein moderner Kinderwagen zu verkaufen.  
 C. Freese, Marienwall-Postfach.  
 Billig zu verkaufen junge Brückensack u. Schlegel.  
 Albinstraße 58, II.

Besten Rostbraten mit schwarzen Zwiebeln. Gegen gute Belohnung abzugeben.  
 Döringstraße 74, Erdgeschoss.

**Prima Schweinefleisch Pfd. 70 Pf.**  
 Karbonade - 80 -  
 Kopf und Bein - 20 -  
 Prima Suppenfleisch - 60 -  
 - Kalbfleisch 50 u. 60 -  
 fetten u. mag. Speck Pfd. 80 -  
 gekochte Mettwurst - 80 -  
 Leberwurst - 80 -  
 Braunschweigerwurst - 70 -  
 Sätze - 60 -

Jeden Sonntag von 5 Uhr an:  
**Heisse Knaekwurst**  
 erwärmt  
**Hans Werk,**  
 W. Strobelldt Nachf.  
 Glockengießerstraße 73.

**Prima Fleisch für wenig Geld**  
 erhalt man bei  
**Willy Stapelfeldt**  
 Ecke Warendorfer- u. Reiterstraße.  
**Prima'sches Sied- u. Selbstkochen**  
 erwarmt  
**F. Vagt, Angerstraße 57.**

**Von der internationalen Bibliothek**  
 — erste Serie —  
 empfehlen wir besonders:

|  |          |      |
|--|----------|------|
| Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,                   | geb. Mt. | 2,50 |
| Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,                          | " "      | 2,50 |
| Bebel, Charles Fourier,                                  | " "      | 2,50 |
| Stern, Philosophie Spinoza's                             | " "      | 1,—  |
| Kautsky, Das Erfurter Programm,                          | " "      | 2,50 |
| Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England, | " "      | 2,—  |
| Stepniak, Der russische Bauer,                           | " "      | 2,50 |
| Mehring, Die Seffing-Legende,                            | " "      | 3,50 |
| H. Lux, E. Cabet und der itariische Kommunismus          | " "      | 2,—  |
| Plechanow, N. G. Tschernischewsky,                       | " "      | 3,—  |
| Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft      | " "      | 3,—  |

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt

**Meggendorfer-Blätter**  
 München 99 Zeitschrift für Humor und Kunst  
 9 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probennummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München sollte es verpassen die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47<sup>M</sup> befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

— Täglich gedruckt. Eintritt für jedermann frei! —

**Die Arbeiter-Einkaufsbank**  
 mit dem Geschäftsbüro von  
**Markt 4 Otto Albers Markt 10.**

Jedem mitgehört bekannt auch gute Beratung und sehr billige Preise. 2. H.:

|               |           |
|---------------|-----------|
| Erdbeeren     | 2,20—2,45 |
| Blaufränkling | 2,40—2,75 |
| Erdbeeren     | 1,98—2,25 |
| Blaufränkling | 1,98—2,25 |
| Blaufränkling | 1,68—2,25 |

kleiner Janker, Hühner und Gans, 1,25  
 Hühner, Gans, Schinken, Speck, Fleisch, Butter, Käse, Obst, Gemüse, Fisch, etc.  
 Alles zu den billigsten Preisen.  
 Markt 4, Markt 10.

**Johannes Probst**  
 Hofmeister Marktstraße 29  
 Separatere unter Garantie prompt und billigst. Geben St. 1,50, Gläser u. 30 Pf. an.

**Achtung! Zimmerer!**  
 Die zu heute Donnerstag anberaumte Verband-Versammlung findet nicht statt.  
 Der Vorstand.

**Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter!**

**Mitglieder-Versammlung**  
 am Sonnabend, 7. Septbr.  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.  
 Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
 Der Vorstand.

**Achtung! Versammlung**  
 der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
 am Freitag, den 6. Septbr.,  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.  
 Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
 Der Vorstand.

**Achtung Bauarbeiter!**

**Mitglieder-Versammlung**  
 am Freitag, 6. September,  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
 2. Der Kampf ums Dasein.  
 Referent: Genosse J. Stelling.  
 3. Bericht des Vorstandes.  
 4. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches Erscheinen erjudt  
 Der Vorstand.

**Großer Grütetanz**  
 am Sonntag, den 8. Sept.  
 Anfang 4 Uhr.  
 Hierzu ladet freundlichst ein  
**G. Sternberg Ww., Rensefeld.**

**Hansa-Theater**  
 Lübeck.  
 Täglich abends 8 Uhr:  
**Es lebe der Reservemann**  
 mit Dir. Prang (Tünnes) in der Hauptrolle als  
**„Reservist Lehmann“.**

Sonntag, den 8. September, nachmittag 4 Uhr:  
 Zu halben Preisen.  
 Mt. 0,20, 0,25, 0,30, 0,35, 0,50, 0,75, 1,00, 1,50.  
**„Das rote Julchen“.**  
 Boße mit Gesang in 3 Akten v. Miklowitsch.  
 Abends 8 Uhr:  
**„Reservemann“.**  
 Vorverkauf bei Sager.

**Wilhelm-Theater.**  
 Freitag, 7 1/2 Uhr. 91. Abonn.-Vorstell.  
 Bei ermäßigten Preisen:  
**Romeo und Julia.**  
 Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare.  
 Romeo Helmut Pfund  
 vom Stadttheater in Düsseldorf.  
 Loge und Parkett 75 Pfg., Balkon und Parterre 40 Pfg.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Sonnabend: Volkstümliche Vorstellung.  
 Zum letzten Male: Hofgünst.

**Stadthallen-Theater.**  
 Direktion: Ludwig Florkowski.  
 Freitag, 8 Uhr. 78. Abonn.-Vorst.  
**Das Glück im Winkel.**  
 Schauspiel in 3 Akt. v. Herrn Sudermann.  
 Sonnabend, 8 Uhr.  
 Volkstümliche Doppel-Vorstellung.  
 Jeder Platz 50 Pfg.  
 Eine Partie Piquet hierauf. Der Dieb.  
 Sonntag, 9. Doppel-Vorst. zu ein. Pr.  
 Robert u. Bertram. Hierauf 2. ein. Pr.



## Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Essen 1907.

### Bildungsausschuss.

Erster Jahresbericht 1906/07.

#### Entstehung und Konstituierung.

In den Leitfäden über „Volksbildung und Sozialdemokratie“, die dem vorjährigen Parteitag vorlagen, lautete eine der auf die Weiterbildung und theoretische Schulung der Genossen und Genossinnen abzielenden Forderungen:

Ein Bildungsausschuss von sieben Mitgliedern, dessen Vorsitzender als besoldeter Geschäftsführer mit dem Sitz in Berlin fungiert, dient als Zentralstelle für die Bildungsbestrebungen. Er stellt organisch aufgebaute Programme für Vorträge und Vortragskurse und die dazu gehörigen Literaturnachweise zusammen, erteilt Ratschläge für belehrende und künstlerische Veranstaltungen, vermittelt rednerische und künstlerische Kräfte und sieht auf andere geeignete Weise seiner Aufgabe gerecht zu werden. Der Ausschuss wird alljährlich von dem Parteivorstand und der Kontrollkommission gewählt. Die Kosten für die Geschäftsführung, die der Kontrolle des Parteivorstandes untersteht, trägt die Partei. Maßnahmen des Bildungsausschusses, die finanzielle Anforderungen an die Partei stellen, unterliegen der Genehmigung des Parteivorstandes.

Eine Begründung dieser Forderungen konnte dem Parteitag leider nicht gegeben werden, da die Referentin, Genossin Jettin, ihre Ausführungen unter allgemeinem Bedauern wegen körperlicher Erschöpfung vorzeitig abbrechen mußte. Dadurch wurde auch die Diskussion über die beiden Referate, sowie über die Leitfäden und die dazu vorliegenden Anträge unmöglich gemacht; in dieser Zwangslage beschloß der Parteitag, die beiden Referate und alle dazu gestellten Anträge einem Bildungsausschuss von 7 Personen zu überweisen.

Der Parteivorstand, der von der Annahme ausging, daß der Parteitag bei diesem Beschlusse den in den Leitfäden geforderten Bildungsausschuss im Auge gehabt habe, nahm am 7. November 1906 in einer gemeinsamen Sitzung mit der Kontrollkommission die Wahl der Mitglieder des Bildungsausschusses vor, und zwar wurden die Genossen David Mainz, Heimann Berlin, Korn Kiel, Meising Leipzig, Schulz Bremen (später Berlin), Vollmar München und die Genossin Jettin Stuttgart, davon Schulz als Geschäftsführer gewählt. Mit der Vertretung des Parteivorstandes in den Sitzungen des Bildungsausschusses beauftragte der Parteivorstand später den Genossen Bebel.

Der Bildungsausschuss trat am 13. Dezember 1906 in Anwesenheit aller Mitglieder zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er beschloß zunächst, sich formell zu konstituieren, da der Wortlaut des Protokolls über den Mannheimer Parteitag nicht klar genug erkennen lasse, daß mit der Wahl des Ausschusses auch zugleich seine Konstituierung im Sinne der Leitfäden vollzogen sei. Der Bildungsausschuss hielt es für zweckmäßig, die nach den Leitfäden auf eine Vereinigung aller Amter des Vorsitzenden und des Geschäftsführers zu trennen. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Hugo Heimann Berlin gewählt.

#### Arbeitsgebiet.

In der ersten Sitzung versuchte der Bildungsausschuss, die Grenzen des ihm überwiesenen Arbeitsgebietes nach den Hauptrichtungen hin abzugrenzen. Es war ihm eine einmalige Aufgabe, die Vorbereitung der Leitfäden zur Berichterstattung an den nächsten Parteitag, ferner ein Komplex von im einzelnen nicht näher bestimmten fortlaufenden Aufgaben übertragen worden. Die Beratung der Leitfäden hat der Bildungsausschuss weder in der ersten noch in einer späteren zweiten Sitzung erledigen können; er muß dazu das Erscheinen der Schrift abwarten, in der Genossin Jettin die Begründung ihres Teils der Leitfäden zu geben beabsichtigt. Da Genossin Jettin bisher wegen anhaltender Krankheit an der Fertigstellung ihrer Schrift verhindert war, hat der Bildungsausschuss diese ihm anvertraute einmalige Aufgabe verjagt, bis die Broschüre der Genossin Jettin vorliegt.

Die dauernden Aufgaben des Bildungsausschusses sind in allgemeinen Umrissen in den Leitfäden skizziert. Obwohl die Forderungen der Leitfäden vorläufig noch keine bindende Kraft haben, da sie noch nicht durch einen Parteitagbeschlusse sanktioniert sind, herrschte bei den Mitgliedern des Bildungsausschusses doch Einstimmigkeit darüber, daß auch ohne die Debatte grundsätzlicher Art, die bei dem theoretischen Teil der Leitfäden zu erwarten ist, die meisten praktischen Aufgaben vom Bildungsausschuss ohne weiteres in die Hand genommen werden können.

Als solche Aufgaben wurden zunächst angesehen: die Ausarbeitung von Programmen für Vorträge, Vortrags- und Unterrichtskurse und künstlerische Veranstaltungen; und zwar sowohl von zusammenhängenden Programmen, die die Bildungsarbeit eines ganzen Jahres umfassen, als auch von besonderen Programmen für einzelne Veranstaltungen; ferner die Herausgabe eines Verzeichnisses von Jugendschriften, die für proletarische Kinder besonders geeignet sind; außerdem die Zusammenstellung von Bibliotheken bzw. die Schaffung von Musikerkatalogen, von den kleinsten Bibliotheken an aufsteigend bis zu den größeren; auch die Herausgabe von wertvollen Aufklärungschriften, sowohl von neuen als auch von geeigneten älteren Schriften, die vergriffen oder schwer erhältlich sind, wurde in Betracht gezogen; schließlich sah man noch in der Vermittlung von rednerischen Kräften für populär-wissenschaftliche Vortragsarbeit sowie in der Anregung und Unterstützung von bildenden und künstlerischen Veranstaltungen eine wichtige Aufgabe des Bildungsausschusses.

Um für diese zukünftigen Arbeiten des Bildungsausschusses zunächst eine festere Grundlage zu schaffen, wurde beschlossen, eine Umfrage bei den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu veranstalten, durch die der Umfang und die Art der bisher schon von den Organisationen geleisteten Bildungsarbeit und zugleich ihre etwaigen Ansprüche an den Bildungsausschuss ermittelt werden sollten.

In demselben Zuge, an dem die erste Sitzung des Bildungsausschusses stattfand, wurde der Reichstag aufgelöst, wodurch die Arbeiten des Bildungsausschusses bis in den Februar hinein unterbrochen wurden.

#### Die Umfrage und ihre Ergebnisse.

Anfang März gelangten die Fragebogen, die 18 Haupt- und 28 Unterfragen enthielten, zur Verlesung.

Es sind 47 Fragebogen an die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine, 530 an die Gewerkschaftskomitees und an die Zentralvorstände der Gewerkschaften und 146 an die weiblichen Vertrauenspersonen, im ganzen also 1123 Fragebogen zur Verlesung gelangt. Später haben noch einige Gewerkschaften und Wahlvereine zur Weitergabe an ihre Filialen Fragebogen nachverlangt.

Die Fragebogen liefen anfangs nur sehr spärlich wieder ein; es bedurfte zweimaliger Mahnung im „Vorwärts“, um die Ausfüllung und Rücksendung zu beschleunigen. Trotzdem sind bis zum 25. Mai, an welchem Tage die Liste der für die Statistik verwendeten Fragebogen geschlossen wurde, insgesamt nur 494 Fragebogen zurückgekommen. Allerdings ist das Ergebnis in Wirklichkeit nicht so ungenügend, wie es auf den ersten Blick erscheint. In vielen Orten ist die Führung der Partei und der Gewerkschaftsbewegung in denselben Händen, oder die Leitungen arbeiten doch so eng Hand in Hand, daß die Rücksendung eines Fragebogens für beide Teile genügt. Ähnlich liegt es mit der Frauenbewegung. Außerdem aber existieren an verschiedenen Orten schon gemeinsame Bildungsausschüsse für Partei, Gewerkschafts- und Frauenbewegung, so daß von dort nur ein Fragebogen zurückgeschickt wurde. Jedenfalls sind die Fragebogen aus den wichtigsten Orten zurückgekommen und fast alle Landessteile Deutschlands sind durch eine größere oder geringere Anzahl von Fragebogen vertreten.

Die Ausfüllung der Fragebogen ist ungleichmäßig, wie das bei der Mehrheit der Sache von vornherein zu erwarten war. In vielen kleinen Orten hat man auf die meisten Fragen nichts Rechtes zu antworten gewußt, da dort entsprechende Veranstaltungen noch niemals stattgefunden hatten. Andere Beantworter haben die eigentliche Bildungs-

arbeit nicht von der propagandistisch-politischen Agitationsarbeit zu trennen gewußt. Doch darf man aus verschiedenen Anzeichen den Schluß ziehen, daß schon die Versendung der Fragebogen, die oft zum Gegenstand von Vorstandsbearbeitungen gemacht worden ist, in vielen Orten anregend gewirkt hat. Die betreffenden Genossen wurden dadurch auf die verschiedenen Möglichkeiten planmäßiger Arbeiterbildung hingewiesen, und hier und da hat auf diese Weise der Fragebogen den erfreulichen Anfang von Bildungsbestrebungen bewirkt.

Recht eingehend sind die Fragebogen zumeist von den großen Städten, in denen schon seit längerer Zeit planmäßig an der theoretischen Schulung der klassenbewußten Arbeiter gearbeitet wird, beantwortet worden. Die in solchen Fragebogen enthaltenen Hinweise, Fingerzeige und Erfahrungen bilden wertvolles Material für die zukünftige Tätigkeit des Bildungsausschusses. Doch läßt sich ähnlich auch über viele Antworten aus kleineren Orten berichten. Viele der von hier gekommenen Wünsche und Hoffnungen sind teilweise von unschätzbarem Werte für die Art der Arbeit des Bildungsausschusses.

Einige der wichtigsten Ergebnisse der Fragebogen seien im folgenden mitgeteilt:

Von den politischen Organisationen, soweit sie die Fragebogen beantwortet haben, tragen 52 schon jetzt den Bildungsbedürfnissen ihrer Mitglieder durch besondere Unternehmungen Rechnung, 41 nicht, 44 zum Teil; bei den Gewerkschaftskomitees lauten die entsprechenden Ziffern 104, 30 und 57; bei den Frauen 17, 4 und 5. Die Zentralvorstände der Gewerkschaften erklären fast übereinstimmend, daß die Bildungsarbeit Sache der Filialen sei, und daß von den Ortsvereinigungen auf diesem Gebiete durch Bibliotheken, Vorträge, künstlerische Veranstaltungen und auf andere Weise ein reger Eifer entfaltet werde.

Wo die Organisationen schon jetzt etwas für die Ausbildung ihrer Mitglieder leisten, liegt die Organisation und Leitung der Bildungsarbeit meistens in den Händen des Vorstandes, gelegentlich ist dies einer besonderen Kommission oder dem Bibliothekar übertragen, in einer Reihe von Orten besteht auch ein von Partei und Gewerkschaften gemeinsam eingesetzter Bildungsausschuss, in anderen ist die Schaffung eines solchen Ausschusses für die nächste Zeit geplant.

Bei der Hälfte der in Betracht kommenden Organisationen waren die Veranstaltungen in der Hauptsache, bei der anderen Hälfte zum Teil, belehrender Natur. Bezüglich der Art der Veranstaltungen stehen die Einzelvorträge mit 234 weitans an der Spitze, ihnen folgen die Lichtbildervorträge (90), die Unterrichtsabende (60), die Vortragsvorträge (31) und die Vorlesungen (3). Von den Wissensgebieten, die besonders berücksichtigt wurden, markiert der Sozialismus (155) an der Spitze, ihm folgen Gewerkschaftswesen (146), Naturwissenschaft (129), Geschichte (89), Nationalökonomie (49), Soziale Gesetzgebung und Sozialwissenschaft (31), Technik (14), Literatur (13), Gesundheitspflege (10). Weniger als zehnmal wurden als bevorzugte Wissensgebiete bezeichnet: Genossenschaftswesen, Rechtspflege, Philosophie, Religion, Redebücherei. Bei den schönwissenschaftlichen und künstlerischen Veranstaltungen standen die Rezitationen (110) an der Spitze, ihnen folgen Theater (74), Konzerte (65), Dichterabende (63).

Die Frage, ob das örtliche Parteiblatt die Bildungsbestrebungen unterstützt, ist 17mal mit ja, 18mal mit nein, 3mal mit „nicht viel“ beantwortet worden.

Für die Organisation und Aufklärung der Jugendlichen wird in 40 Fällen schon heute etwas getan, in 291 Fällen geschieht bisher noch nichts, in 28 Fällen wenig.

Eine weitere Frage lautete: Für welche Wissensgebiete waren Redner besonders schwer zu erhalten? Hierbei wird die Nationalökonomie am meisten genannt, im weiteren Abstände folgen Naturwissenschaft und Geschichte.

Die Frage, ob die Organisationen Schwierigkeiten bei der Erlangung geeigneter Räumlichkeiten haben, wird 88mal mit ja, 23mal mit nein beantwortet. Die bejahenden Antworten sind meistens zugleich mit bitteren Klagen über den Sozialmangel und die mannigfachen Schwierigkeiten, die der Erwerbung eines passenden Lokals

## Der Übel grösstes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(37. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Und er muß noch da sein,“ beharrte Max. Er ist nirgends gesehen worden — unsere Mannschaften hätten wenigstens bemerken müssen, daß jemand den Korridor durchbrechen wollte.“

„Der weiß,“ berichtete einer der Gendarmen, „Schodler kennt jeden Fußbreit Weges hier herum — vielleicht hatte er auch ein besonderes Versteck für sich noch vorgesehen.“

„Dort ist etwas wie ein Schattens hinter dem Fenster,“ rief plötzlich ein Polizist, nach einem Fenster des Hauses geigend.

Alle blickten dorthin. In der Tat — fast schien es, als zeichneten sich die Umrisse eines menschlichen Kopfes hinter dem heruntergelassenen Rouleaux ab.

„Da haben wir aber doch nachgeforscht,“ erklärte Max bestimmt. Zugleich aber winkte er einen der Männer und eilte zurück in das Haus, den betreffenden Raum noch einmal zu inspizieren. Es war Schodlers Privatstübchen, welches in Frage kam. Sie hatten es vorher verschlossen gefunden und die Tür gewaltsam erbrochen, der Inwohner aber war ausgetreten. Eins der beiden Fenster stand offen, in der Stube selbst war niemand zu sehen. Ein offener Koffer stand und die herumliegenden Sachen vertieten, daß ihr Besitzer die Flucht ergriffen hatte. So war man weiterbestimmt, um den Flüchtigen nicht entkommen zu lassen, doch wurde man weder im Freien, noch im Hause seiner habhaft.

Jetzt begab sich Max nochmals mit einem Begleiter in den vorher schon fruchtlos inspizierte Gemach. Das beschlossene Fenster verhielt eine unbeschäftigte braune Garde, deren beide Schäfte herabgelassen waren, so daß sich leicht jemand hinter ihr verbergen konnte. Nur die liegende Staff, mit welcher die Verfolger ihres Amtes wahrten, hatte Max diesen Umstand übergehen lassen. Gattin und er nun die Vorhänge auseinander — aber erschrocken rückte er zurück, denn ein schrecklicher Anblick bot sich ihm. Über dem Fenster war ein großer Haken eingeschlagen.

von dem eine Anpel mit Frauenhaar bis auf die Mitte des Hinterrückens herabhäng. In diesem Haken, zwischen dem Rouleaux und der Gardine, hing der unglückliche Bergschneckenwirt mit gräßlich entstelltem, verzerrtem Gesicht, mit hervortretenden Augen und in den verstärkten Jügen den Ausdruck einer furchtbaren, qualvollen Pein und Angst.

„Gott hat gerichtet,“ sagte Max mit feierlicher Stimme und ließ den Vorhang erschüttert herabsinken.

Der Tod übt eine veröhnende Kraft, er erweckt Mitleid, wo vorher Abscheu und Verachtung geherrscht. Der unglückliche Mann hatte sich der irdischen Sühne entzogen, alle Wiedergebungsversuche erwiesen sich als erfolglos. Die Mission der Verfolger war beendet. Eine halbe Stunde später war das Haus, das eben noch vom Lärm und Geschrei vieler Stimmen, vom Geräusch zahlreicher Tritte widerhallte, in seine vorige Einsamkeit zurückgesunken. Alle Gäste hatten es verlassen. Dunkel lag es und Ode auf seinem einsamen Plage — nur in einem der vielen Gemächer brannte ein einzelnes Licht, das noch Leben verkündete: drinnen beugte sich eine schwergeprüfte Gattin und Mutter über das Bett ihres schwerkranken, in wilden Fieberphantasien sich umhertwälzenden Kindes und mischte ihre Schmerzenslaute mit dem unartikulierten Gestöh, mit dem heiseren Aufschreien, mit den wirren Reden des unglücklichen Mädchens, das sich all der entsetzlichen Geschehnisse der letzten Stunden, des jähen Zusammenbruchs der irdischen Fortschrittlichkeit und Glückseligkeit ihres Hauses und ihrer Familie, des schmachvollen Endes ihres Vaters, der Flucht ihres aufgedrungenen Bräutigams nicht bewußt war.

Drei Tage später wurden die sterblichen Reste des Selbstmörders der Erde übergeben. Ungeheures Aufsehen hatte die Kunde von dem Drama in der Bergschnecke in der Stadt und der weitesten Umgegend erregt. Fast wie ein Märchen erschien es den Leuten, die seit langen Jahren es, obler gekannt und von denen die meisten ihn seiner Reichthümer und seines Glücks willen beneidet hatten, daß der vielbeneidete, der reiche und angesehene Mann, den man für ein Muster der Ehrenhaftigkeit gehalten, plötzlich als Halschnecker, als gemeiner Verbrecher, als Begünstiger von Mördern entlarvt worden war und daß er den Tod

eines an allem verzweifelnden, gehetzten Flüchtling gefunden hatte.

Hunderte von Menschen umlagerten die Gruft, in die man ihn lang- und klanglos versenkte, und in atemlosen Schweigen lauschten sie den erschütternden Worten, welche ein alter Freund von ihm, der Apotheker Merter, am Grabe sprach.

„Rach tritt der Tod den Menschen an, Es ist ihm keine Frist gegeben.“

begann er in heftiger Bewegung, die er nicht zu verbergen suchte. Da liegt nun der Mann, den wir beneidet und verehrt haben, der uns ein Bild des Glückes und der Sorglosigkeit schenkte, dessen Existenz keine quälende Nahrungsfrage erschütterte, dem wir bis zum letzten Tage so innig vertrauten, daß wir ihm noch in letzter Stunde, als schon das Verhängnis über seinem Haupte zum tödlichen Streich ausholte, einen hohen Beweis unseres Vertrauens, unserer Achtung gaben, indem wir ihn für ein wichtiges Ehrenamt erkoren. Da liegt er, vom Blick der Gerechtigkeit gefaßt, wie eine stolze, in ihrer Kraft gebrochene Giche, in welcher uns unbewußt, aber lange schon der zerstörende Wurm hauste. Und was hat ihn gestürzt? Nichts als gemeine Habgier, die Sucht, noch mehr zu besitzen, als der Himmel ihm verliehen. Aus Habgier warf er sich dem Verbrecher in die Arme, opferte er Weib und Kind und alle die Güter, die er mühsam erworben und die ihm ein glückliches Leben, ein sorgenfreies Alter und ein dauerndes ehrenvolles Andenken verschafften. Welche Frucht hat ihm nun das Verbrechen gebracht, dem er soviel geopfert? Welche Gegenleistung hat es für ihn? Es machte ihn fast zum Mörder seines Kindes, es riß ihn fort von Schuld zu Schuld, es nahm den Frieden und die Sicherheit des Lebens aus seiner Seele, es machte ihn zum Sklaven des erbärmlichsten Menschen, es setzte an die Stelle behaglicher Ruhe die Tag und Nacht wachende Herzensangst, die schon das raschelnbe Laub als ein Schreckens fürchten muß!

Nun liegt er da. Und der Geringste neigt sich nicht vor ihm! Und wenn wir heute weinen, so weinen wir nicht um ihn, sondern um sein Weib und sein Kind! Er aber ist uns ein warnendes Beispiel für alle Zeiten, sein Schicksal bezeugt uns in ergreifendster Form die Wahrheit des herrlichen



Im Wege stehen, verbunden. Die Frage, ob serviert und ob geraucht werden darf, wird fast ausschließlich bejaht; gelegentlich wird bemerkt, daß man sich mit dem Rauchen nach dem Referenten oder nach der Art der Veranstaltung richte. Saalmieter an Stelle des Servierens wird nur erst an wenigen Orten bezahlt. Charakteristisch ist die folgende Antwort aus einem Orte des Ruhrgebietes: „Saalmieter wird weder angeboten noch angenommen. Es läßt sich kein Wirt darauf ein. Sein Verdienst sind Schnaps und Bier. Servieren während des Vortrages habe ich versucht zu unterdrücken, der Wirt macht aber die Vergabe des Saales davon abhängig.“

Fast alle Organisationen erwarten in Zukunft eine Förderung der Bildungsbestrebungen durch den Bildungsausschuß, und zwar sowohl durch Ausarbeitung von zusammenhängenden Winterprogrammen, als auch durch Hilfe bei Einzelprogrammen, besonders aber durch Vermittlung rednerischer Kräfte. Für Einzelpredigten wird 171 mal, für Unterrichtsabende 90 mal, für Zyklusvorträge 70 mal die Vermittlung gewünscht. Von den Wissensgebieten, für die rednerische Kräfte verlangt werden, wird Nationalökonomie am meisten (51 mal) genannt, sodann Geschichte (45), Sozialismus (43), Naturwissenschaft (36), Literatur (15), Gewerkschaftsbewegung (15), Sozialgesetzgebung und Sozialwissenschaft (14); nur je zweimal werden genannt: Gesundheitspflege, Religion und Philosophie, Frauenfrage, Genossenschaftsbewegung, Erziehungslehre, Redekunst und Elementarfächer. Auch die Vermittlung künstlerischer Kräfte, Hilfe bei Einrichtung und Ausgestaltung von Bibliotheken, Maßnahmen für die sozialistische Jugendzucht und Schaffung eines Verzeichnisses geeigneter Jugendliteratur wird von fast allen Organisationen gewünscht.

Die Frage: „Worin erblickt die Organisation bisher die Hauptschwierigkeiten und Mängel ihrer Bildungsbestrebungen?“ ist meistens zum Anlaß einer lebhaften Klage über die mangelhaften und den Bildungsbestrebungen im Wege stehenden lokalen Verhältnisse genommen worden. Durch fast alle Antworten ziehen sich wie rote Fäden die gleichen Klagen, die in besonders knapper und prägnanter Form in einem Fragebogen wie folgt zusammengefaßt sind:

Mangel eines geeigneten Saales; Belästigung der Befähigten wie bildungsbedürftigen Genossen durch die politische und gewerkschaftliche Kleinarbeit; Mangel an wissenschaftlich gebildeten Rednern und geschulten Künstlern; große Kosten beim Heranziehen auswärtiger Redner und Künstler.

Eine weitere ziemlich häufig erhobene Klage rügt die Interessenlosigkeit der Arbeiter für Bildungsbestrebungen. „Sowohl der Mangel an Verständnis oder an Vorbildung. Ebenso häufig kehrt die Klage wieder, daß die lokale wirtschaftliche Lage, überlange Arbeitszeit, niedrige Löhne und ähnliche Folgen der industriellen Revolution die Arbeiter abspannen und für Bildungsbestrebungen unerschwinglich machen. Aus vielen Orten kommen Klagen über den Mangel an einer guten Bibliothek und über die Schwierigkeiten bei der Beschaffung, namentlich einer und anständigere Bücher.“ Auch über Mangel an einheitlicher Leitung der lokalen Bildungsbestrebungen und über Unvollständigkeit und Zerstückelung von Partei und Gewerkschaften in bezug auf die Bildungsarbeit wird geklagt. Die weitere Feinde der Arbeiterbildung werden noch genannt der Alkohol des Saales der Tag- und Nachtarbeit, die Saisonarbeit, verfallene Sanitätseinrichtungen und endlich die vielen Vergnügungsveranstaltungen (Kino, Kinotheater), die Vereinnahmung und die Vergnügungen von Gewerkschaften, Turn- und Gesangsvereinen, die den Arbeitern so viel Zeit und Geld kosten, daß ihnen für Bildungsbestrebungen nicht mehr viel übrig bleibt.

Vergleichsweise (meist größere) Orte berichten Gutes über den Besuch und die Wirkung von Vortragszyklen, Unterrichtsabenden, wissenschaftlichen Vorträgen und künstlerischen Veranstaltungen, besonders Dramenveranstaltungen. In einigen Orten haben Partei und Gewerkschaften die Bildungsbestrebungen jährlich mit 1000, 2000 und noch mehr Mark unterstützt.

Die Gewerkschaften führen die Schwierigkeiten, die einer planmäßigen Bildungsarbeit im Wege stehen, fast übereinstimmend auf die traurigen Arbeitsverhältnisse ihrer Branchen zurück. Die Frauen klagen an vielen Orten über Mangel an Unterstützung durch die Parteigenossen, ferner über den Druck von Polizei und Behörden und über Interessenlosigkeit der Frauen. Die Bildungsorganisationen erfahren noch nicht immer die nötige Unterstützung und Unterhaltung durch die Organisationen und durch die Arbeiter selbst.

Die letzte Frage behandelt die allgemeinen und besonderen Wünsche, die die Organisationen in bezug auf die Bildungsbestrebungen und den Bildungsausschuß haben. Ihre Beantwortung heißt für den Bildungsausschuß ein außerordentlich reiches Arbeits-

programm noch außerhalb der schon weiter vorn behandelten Aufgaben auf. So wird die Ausbildung von befähigten Genossen zu Rednern, die „Herausgabe von Zeitfäden für talentvolle Genossen, damit sie sich durch Selbstunterricht bilden können“, die Herausgabe von populärwissenschaftlichen Vorträgen zu billigen Preisen, die Einrichtung von Wanderbibliotheken, Herausgabe von Einführungen in Dramen und Opern, Herausgabe eines leicht verständlichen, im Volkston gehaltenen Lehrbuches über Wesen und Geschichte der Sozialdemokratie, Auslese der besten Schriften aus unlerter Parteiliteratur und Herausgabe zu billigen Preisen, Herausgabe einer Anleitung zur Veranstaltung von wissenschaftlichen Vorträgen und künstlerischen Abenden, systematische Organisation von Unterrichtskursen für die Provinz durch den zentralen Bildungsausschuß und noch vieles andere verlangt.

In der zweiten Sitzung des Bildungsausschusses, die am 24. Juni stattfand, wurde über die Ergebnisse der Enquete und die daraus abzuleitende nächste Tätigkeit des Bildungsausschusses beraten.

#### Maßnahmen des Bildungsausschusses.

Es wurde allgemein die Notwendigkeit intensiven Arbeitens auf dem Gebiete der Weiterbildung anerkannt. Als nächstliegende Aufgabe ergab sich die Beschaffung von Rednern, die in populärwissenschaftlicher Weise über die wichtigsten Wissensgebiete vorzutragen verstehen. Um jedoch die Geschäftsstelle des Bildungsausschusses nicht lediglich zu einer Referentenvermittlung werden zu lassen, und um ferner die Organisationen daran zu gewöhnen, für wissenschaftliche Aufklärungsarbeit gegenüber der heute besonders beliebten Einzelpredigten Tätigkeit zu bevorzugen, einigte sich der Bildungsausschuß auf folgenden Beschluß:

Der Bildungsausschuß vermittelt in der Regel nur Redner für wissenschaftliche Vortrags- und Unterrichtskurse. Einzelpredigten wissenschaftlichen und künstlerischen Charakters werden nur in Ausnahmefällen und als Ergänzung systematischer Bildungsarbeit vermittelt. Vorträge agitatorischen Charakters werden durch den Bildungsausschuß überhaupt nicht vermittelt.

Zugleich beschloß der Bildungsausschuß bestimmte Maßnahmenonoraria für die von ihm vermittelten wissenschaftlichen Redner.

#### Wissenschaftliche Wanderredner.

Ferner aber hat der Bildungsausschuß nach eingehender Vorbereitung und Vorberatung beschlossen, vom September 1908 ab dauernd wissenschaftlich geschulte Genossen als Wanderredner zu beschäftigen. Es ist ihm gelungen, zu diesem Zweck zunächst mit den beiden Genossen Dr. Hermann Dunder und Leo Kähle, die beide auf diesem Gebiete schon praktische Erfahrungen besitzen, ein Abkommen zu treffen, wonach sich die beiden Genossen für die vom Bildungsausschuß vermittelten Vortragszyklen und Unterrichtskurse dauernd als Redner und Lehrer zur Verfügung stellen. Von den beiden ersten Kurzen, die Genosse Dunder abhalten wird, behandelt der eine „Entwicklungsstufen des Sozialismus“ und der andere „Die Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus durch Karl Marx“. Die Kurze des Genossen Kähle behandeln dieselben Gebiete in etwas anderer Form und heißen: „Die Entwicklung der Sozialdemokratie“ und „Marx und Engelsismus“.

#### Vortragszyklen und Unterrichtskurse.

Der Unterschied, den der Bildungsausschuß zwischen Vortragszyklen und Unterrichtskursen macht, besteht im wesentlichen darin, daß bei den ersteren die Teilnehmerzahl nicht begrenzt zu werden braucht; zu den Unterrichtskursen dagegen können nur 30—40, allerhöchstens 50 Teilnehmer zugelassen werden. Die Unterrichtskurse finden außerdem, wie schon der Name besagt, mehr in unrichtlicher Form, im engeren geschlossenen Verkehr des Vortragsgenossen mit dem Hörer, möglichst mit jedem einzelnen, statt: die Hörer werden dabei auch zu selbständigen mündlichen und schriftlichen Arbeiten herangezogen.

Die Teilnehmer an Unterrichtskursen sollten stets aus den eifrigsten und befähigsten Genossen und Genossinnen der betreffenden Stadt oder des Bezirks bestehen. Wenn nicht ohne weiteres die Funktionäre von Partei und Gewerkschaften dafür in Aussicht genommen sind, so sollte man den Kreis der Teilnehmer nach einem Delegationsystem zusammensetzen. Auch die Teilnehmer an den Vortragszyklen kann man nach dem Delegationsystem auswählen, um von vornherein sicher zu gehen, daß man es nicht mit einer schwachen und in ungleichem Maße interessierten Hörerschaft, sondern ausschließlich mit Arbeitern und Arbeiterinnen zu tun hat, die in der Bildungsarbeit eine ernste parteigenössische Pflicht erblicken.

Da die verfügbaren rednerischen Kräfte nicht ausreichen, um überall auch in kleineren Städten, solche Kurse zu veranstalten, empfiehlt der Bildungsausschuß, daß die Provinz-

akkommodations das Arrangement der Kurse in die Hand nehmen. Wo dies nicht angängig ist, sollten sich aus technischen Gründen stets drei benachbarte Städte (oder Wahlkreise oder Bezirke) gemeinsam an den Bildungsausschuß wenden. Es ist dringend zu empfehlen, an solchen Kursen auch die umliegenden größeren und kleineren Orte des Wahlkreises oder eines benachbarten Wahlkreises oder Bezirks teilnehmen zu lassen. Das kann nach der Prozentzahl der organisierten Arbeiter oder nach einem anderen Berechnungsmodus geschehen.

Der Bildungsausschuß hat die genaueren organisatorischen Einzelheiten und die (finanziellen und sonstigen) Bedingungen für die Einrichtungen der Wanderkurse zusammenge stellt und drucken lassen und sendet sie auf Wunsch den Organisationen zu.

#### Winterprogramm.

Der Bildungsausschuß hat sodann Ratschläge und Winke für ein Winterprogramm zusammengestellt, die ebenfalls durch den Druck vervielfältigt worden sind und den Organisationen auf Wunsch zur Verfügung stehen. Es wird darin eine Anleitung gegeben, nach welchen Gesichtspunkten belehrende und künstlerische Veranstaltungen zu arrangieren sind und welche inneren und äußeren Rücksichten dabei zu wachen haben. Ferner ist ein Arbeitsplan für die Bildungsbestrebungen im Winterhalbjahr 1907/08 beigefügt, der den lokalen Bildungsausschüssen und sonstigen Organisationen als Grundlage für ihre Bildungsarbeit dienen kann.

#### Jugendchriften.

In der Jugendchriftenfrage hat der Bildungsausschuß die nötigen Vorarbeiten in die Wege geleitet, um rechtzeitig für das nächste Weihnachtstfest ein Verzeichnis von Jugendchriften, die für die Kinder proletarischer Eltern besonders geeignet sind, herauszugeben. Das Verzeichnis soll nur eine kleine Zahl genau geprüfter Schriften für die einzelnen Altersstufen enthalten, um den Eltern die Auswahl und den lokalen Organisationen und Parteibuchhandlungen die Beschaffung der ganzen Kollektion zu Ausstellungs- und Verkaufszwecken zu erleichtern. Es ist dabei vorgesehen, daß das Verzeichnis im Laufe der Zeit erweitert wird. Eine Anzahl von herufenen Genossinnen und Genossen aus ganz Deutschland hat dem Bildungsausschuß für die Prüfungsarbeit ihre Unterstützung geliehen.

#### Bibliotheken.

Die Schaffung von Musterkatalogen für Bibliotheken ist gleichfalls in die Wege geleitet worden. Der Bildungsausschuß geht dabei von den Bedürfnissen ganz kleiner Parteioorganisationen aus, denen nur geringe Mittel zur Verfügung stehen; die weiteren Kataloge sollen fortgeschrittene Erweiterungen des Anfangskataloges nach der Art konzentrischer Kreise sein. Auch die Erleichterung der Beschaffung solcher Musterbibliotheken hat der Bildungsausschuß ins Auge gefaßt.

#### Sonstiges.

Von den sonstigen Aufgaben, die der Bildungsausschuß beraten hat, und denen er sich so bald als möglich zuwenden wird, seien noch genannt die Herausgabe von einfachen gehaltenen, möglichst in Vortrags- oder Dialogform abgefaßten Broschüren über elementare Fragen des politischen Denkens und Handelns, und die Herausgabe von Einführungen in Dramen, Opern und Musikwerke zur billigen Abgabe an Organisationen, die Theatervorstellungen usw. zu arrangieren in der Lage sind.

Die Tätigkeit des Bildungsausschusses konnte bis zur Fertigstellung dieses Berichtes (Mitte Juni) in der Hauptsache nur mehr vorbereitender Natur sein. Doch ist der Bildungsausschuß auch bisher schon ziemlich häufig praktisch in Anspruch genommen worden. Zahlreiche politische und gewerkschaftliche Organisationen wandten sich wegen Auskunft oder Hilfe an den Bildungsausschuß; einige wünschten Rat bei der Einrichtung von Bildungsanstalten, andere erluchteten um Hilfe bei der Schaffung oder Erweiterung von Bibliotheken, wieder andere wünschten Vermittlung von rednerischen Kräften für Einzel- oder Zyklusvorträge. Bis zum 15. Juli sind bei der Geschäftsstelle eingegangen 127 Briefe, 50 Karten, 4 Telegramme, 29 Drucksachen, 2 Postpakete und 1 Telephongespräch; ausgegangen sind bis zu demselben Tage 220 Briefe, 53 Karten, 39 Drucksachen, 5 Telegramme, 14 Postpakete und 1 Telephongespräch. Dazu kommen noch die 1125 als Drucksache verschickten Fragebogen, von denen bis zum 15. Juli 427, meistens als geschlossene Briefe zurückgekommen sind.

Der Bildungsausschuß ist sich einig in der Überzeugung, daß seine Existenzberechtigung schon jetzt außer allem Zweifel steht. Konnte seine praktische Wirksamkeit, soweit sie äußerlich in die Erscheinung tritt, vorläufig nur erst von geringem Umfang sein, so wird sie voraussichtlich schon in der nächsten Zeit erheblich anschwellen. Die Notwendigkeit der planmäßigen Weiterbildung der organisierten Arbeiter, die Fragen

Die Frage: „Der übelgeratete ist die Schuld! Wer jeder Fall an seiner Brust, liebe Arbeiter, für ihn und die Seinen, und für sich selbst über er sich heute: Gott erhalte mir ein gutes Gewissen! Amen!“

#### Die Sühne.

Nach der Nacht und still!  
Sag und immer wieder die schwarzen Wellen brach,  
schleudert das Meer von Nord und Süden! Die Nacht  
in der kleinen Nacht nach dem Brand der Untertage, das  
braut der unglücklichen Frau, der wieder Tage weiter nach  
der Bergkammer hat, in die Tiefe Erde begehrt! Nur  
eines unglücklichen Hund hat man gesehen, und nur in dem  
kühnen Wälder selbst eine schwarze, unheimliche,  
schwarze Bewegung!

Marie wachte nach in ihrer Kammer, umherdrehend ihren  
wenigen Sack umgeben und des armen Mannes, der wie  
jetzt und künftig nur sein in unglücklicher Form weilt. Was  
wird es ihm werden? Und was ihr und den Kindern?  
Woher es ihm gelingen, zu erlangen? Woher sie ihre  
Kleinen zu erhalten vermag? Schon fünf Tage waren  
vergangen von ihrer Geburt, sie hat noch keine Worte  
von ihr und immer in Worten nach ihrer Mutter. Seine  
Sühne verlangte sein Schwelgen!

Wachen im Garten ein letztes Gewäch — schon zwei  
und heute sie es gelübt, aber sie hört, stehen er sein war,  
immer Gedächtnis. Die sie ihn in Gedanken bekehren auf  
ihren Gedanken und für ihn brach und klang, hörte sie  
den immer neuen. Die Sühne wandern auf, weil es  
war, es ist er möglich erlangen — sie konnte nicht  
erlangen auf seinen Klang, wenn sie es, weil die Nacht,  
es habe sie ihn eben sein leben. Ihre Eltern waren so  
unmöglich, gerade wie ihre Eltern. Jeder Satz, auch der  
Klang, erdrückte sie.

Dieser müde das Gewäch — sein brüder Mann! Gott  
weil es ist, die Sühne jemand klingen unter dem Gatten  
immer nicht. Sollte wohl ein Mensch die Sühne über  
sich haben, ihre Eltern zu bekehren? Nein, das glaubte  
er nicht! Die Sühne klingen immer, ihre Eltern waren  
so unglücklich, gerade wie ihre Eltern. Jeder Satz, auch der  
Klang, erdrückte sie. — im hohen Augenblicke für

in tiefer Verzückung zurück. Ein Schatten hob sich aus  
dem Dunkel des Hinterbühnes —  
„Marie“, rieferte es leise.

„Geht“ — sie zitterte und rang nach Atem.  
Er näherte sich dem Fenster und schwang sich herein.  
Sie wachte nicht, sollte sie sich freuen, sollte sie sich entsetzen?  
Und doch — im ersten Augenblicke überzog die Freude — sie  
warf sie mit glühender Jählichkeit und lange hielten sich  
beide umschlungen.

„Warum besuchst Du mich, Georg?“ fragte sie endlich  
begeistert. „Hast Du nicht gesehen, daß alles heraus ist? Du  
hast verloren!“

„Ich habe alles gelesen, auch meinen eignen Steckbrief  
habe ich erblickt“, entgegnete er ruhig. „Weißt Du wieder,  
Marie? Weil ich das Leben eines Missetätigen nicht  
ertragen kann. Du weißt nicht, was es bedeutet, Marie,  
wie ein Ferkel dahinzuziehen, hinter dem Jäger und Hund  
her um. Jeden Augenblick fürchten zu weichen, erkannt und  
abgeschlachtet zu werden! Keinen Schlaf mehr zu finden, sich  
nirgendwo Ruhe zu finden, jeden Menschen voll Misstrauen zu  
betrachtem, vor jedem Geräusch zu erschauern! Und dabei fast  
ohne Hunger! — Weib und Kinder dahinter unversorgt — und  
unter was für Umständen! In unglückliche Lokale zu gehen  
mühen man sich, wenn man auch das Geld hätte, man sucht  
höheren, die verdammten oder mindestens diejenigen, wo  
die Frauen der Frauen sich bergen. Marie, was hab ich  
nicht alles erlebt in diesen fünf Tagen!“

„Ich glucke es Dir, armer, armer, lieber Mann“, rief  
sie voll unglücklicher Tränen.

Und Marie's Augen, sagte ich mir, sollte Du vielleicht  
Hörst, Marie, sie immer führen? Niemand im Leben  
wider Sühne immer dürfen? Einig unter dem Druck  
dieses Gewissens, dieser Schuld leben? Das heißt nicht  
mehr leben, sondern lebenslanglich sterben, jedes Lebens getötet  
werden! Das erregt ich nicht, dieses Weib. Dazu die  
Sühne nach Gott, und der ergründende Gedanke, daß ich,  
mit dem Mann der Verzückung bekehrt, sie wegen hätte,  
eine Sühne an das meine zu binden, daß ich mir da für  
euch, anderen nicht! Ich war damals in Hamburg, mein  
Gott, und diese Sühne gehabt, auf einem Schiff heimlich  
nach England zu entkommen — aber ich schauderte bei dem  
Satz einer solchen Sühne! Eine solche Sühne reichte in

mir, ich kehrte zurück, der Rest meines Geldes reichte gerade  
für die Rückfahrt, ich schlich mich abends in die Stadt und  
hierher, und hier bin ich!“

„Aber was willst Du nun tun, Georg? Hier kann ich  
Dich keinen Tag verstecken“, rief Marie in trüber Ver-  
sorgnis.

„Das sollst Du auch nicht. Ich bin gekommen, die  
Sühne auf mich zu nehmen, die ich durch meine Schuld  
verwirrt habe! Ich wollte nur noch einmal Dich und  
die Kinder sehen, meine Augen an Eurem Anblick  
weiden, dann — Ist Mar noch hier?“ unterbrach er sich  
plötzlich.

„Ja, — er schläft oben in seiner Stube.“

„Sobald der erste Tagesstrahl hereinblickt, weckt Du  
ihn. Ich liefere mich ihm aus, — er soll mich nach E.  
bringen und mich der Behörde übergeben. Ich habe gefehlt  
und will lieber die irdische Strafe auf mich nehmen, als  
mein ganzes Leben in Furcht vor ihr zubringen. Ich hoffe,  
daß mir diese Ergebung in mein Geschick auch für die  
innere Auffassung meiner Schuld zu Gute kommt, daß mein  
Gewissen mir verzeiht, wenn ich alles getan habe, was ich  
kann und muß, zu sühnen, was ich verbroch. Die Strafe  
kann nicht ewig dauern, ich bin jung und kräftig — und ich  
kann dann mit Dir vielleicht in einem fernen Lande, wo  
was niemand kennt, ein neues Leben beginnen und ein neues  
Glück für uns beide aufbauen!“

Marie nickte durch ihre strömenden Tränen.

„So schrecklich es ist, Georg, Dich mit im Gefängnis zu  
denken, so — so ist es mir doch noch lieber, als Dich unglück-  
lich und flüchtig in der Fremde herumtrotten zu wissen. Ich werde  
mich mit den Kindern schon durchkämpfen, ich kann arbeiten,  
Georg — und die Wiedervereinigung mit Dir wird wie ein  
strahlender Stern vor meinen Augen stehen, mir immer  
kräftiger bei meiner Arbeit, mich ermutigend und beglückend  
in meinen Träumen! Ich fühle, Du hast den rechten Weg  
ermählt, lieber Mann — mein Herz ruft es laut in mir!  
Du bist reueroll, Du selbst Dich selbst, Du hast schon vorher  
jede Gemeinheit mit diesen Menschen entlastet — mar kann  
Dich nicht so hart strafen — ertrage es um Gefühl der  
eigenen Verschuldung und in der Hoffnung auf ein neues  
Leben!“

(Fortsetzung folgt.)



ber sozialistischen Jugendzuehung und der proletarischen Jugendbewegung werden jetzt in allen Teilen Deutschlands lebhaft diskutiert und in intensiver Weise als bisher zu lösen versucht. Wie notwendig aber eine energische Inangriffnahme dieses wichtigen Gebietes ist, haben die Ergebnisse der Umfrage gezeitigt. Nicht zuletzt aber dürfte auch das Ergebnis der letzten Reichstagswahl die Notwendigkeit einer noch besseren Durchdringung der breiten Massen mit den Grundanschauungen des Sozialismus gepredigt haben.

Unter diesen Umständen ist eine Zentralstelle für die Aufgaben der systematischen parteigenösslichen Bildungsarbeit nicht nur eine wünschenswerte, sondern geradezu eine notwendige Einrichtung. Aber sie kann nur eine fruchtbringende Tätigkeit entfalten, wenn sie in engerer Fühlung mit der Gesamtleistung der Partei, dem Parteivorstand, dem sie gleichsam als eine Art Ressort für die besonderen Aufgaben der Arbeiterbildung angegliedert ist, und mit der Masse der Parteigenossen selbst arbeitet. Das erstere ist bisher schon in erfreulichem Maße der Fall gewesen. Eine noch engere Fühlung mit den Organisationen im Lande wird hoffentlich das zweite Jahr der Tätigkeit des Bildungsausschusses in wachsendem Maße herbeiführen.

(Fortsetzung folgt.)

## Dem Herrn Kuhn ins Stammbuch.

© In einer kürzlich stattgefundenen Versammlung des Wahlvereins der Liberalen" verließ sich der von den Blockliberalen angestellte Parteisekretär Kuhn in seinem Referate über „Klassenkämpfe der Arbeiter in Theorie und Praxis" zu der alle Tatsachen auf den Kopf stellenden schier ungläublichen Behauptung: daß man zunächst seitens der freien Gewerkschaften Streiks provoziert habe, um den Arbeitern zu zeigen, wie schön es sei, im Verbandsverband eine Rückenstärkung zu haben, und auf diese Art Mitglieder zu fangen. Wir trauten unseren Augen nicht, als wir dieses in einer Notiz des „Volksboten" lasen, denn soviel uns bekannt ist, zählt sich Kuhn mit zu den Korpphären, d. h. zu den auf der Höhe stehenden Mitgliedern der „Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine". Als solchen kann man von ihm erwarten, daß er die Geschichte der Gründung der obenbenannten Gewerksvereine kennt, und daß er genau davon unterrichtet sein muß, daß Max Hirsch der eigentliche „Streikvater" in Deutschland gewesen und daß gerade er es war, der nicht nur die Gewerksvereine gründete, um sie als Vorspann vor den festgefahrenen politischen Wagen der Fortschrittspartei zu spannen, sondern daß er auch, um den Mitgliedern zu zeigen, welche Macht und welche Rückenstärkung sie in ihren politisch Verbündeten, d. h. der Fortschrittspartei, besaßen, in frivoler, unüberlegter Weise den Waldenburger Bergarbeiterstreik provozierte und dadurch mehr denn 30 000 Menschen dem Hunger und Elend in die Arme getrieben hat.

Das alles scheint Herr Kuhn nicht zu wissen und deshalb glauben wir eine gute Tat zu begehen, wenn wir ihm ein wenig zu Hilfe kommen und über die ersten Anfänge der Gewerksvereinsbewegung unterrichten. Es kann natürlich nicht unsere Aufgabe sein, eine Geschichte der Gewerksvereine mit all ihren Niederlagen, Wandlungen und Mauerungen zu schreiben; was wir wollen, ist vielmehr nur eine Auffrischung der Geschichte der Gründung derselben und vor allem eine Darstellung der Inszenierung des ersten deutschen Streiks auf moderner Grundlage und das Verhalten des „Streikvaters" Dr. Max Hirsch vor, während und nach demselben.

Wie lagen nun die Verhältnisse in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts? So lange noch die Meister und Gesellen in den Zünften und Innungen einen Schutz gegen die Übermacht des sich immer mehr entwickelnden und nach der Herrschaft strebenden Kapitals fanden, bot das gemeinsame Band, das in der Zunftgemeinschaft alle umschlang, dem einzelnen eine gewisse Sicherheit, Mut und Selbstbewußtsein. Dieses mußte sich mit einem Schläge, nach Einführung der Gewerbefreiheit sowie der Freizügigkeit und die dadurch bedingte Auflösung der Zünfte ändern. Meister und Gesellen standen von nun an machtlos dem Großkapital gegenüber, da nicht mehr wie früher die Erlernung und Kenntnis des Gewerks, sondern nur noch die nötigen Geldmittel zur Ausübung desselben erforderlich waren. Die Organisation, die früher in den Zünften die einzelnen zusammenhielt, verschwand und mit ihr das Zusammenstehen und die gegenseitige Unterstützung der Berufs- und Gewerksgenossen. Gar bald aber erkannten die Arbeiter, daß nur in der Vereinigung für sie ein Schutz und Rückhalt geschaffen werden könne, daß allein in der Vereinigung die Stärke und die Macht des Arbeiters liege.

Aus diesen Erwägungen heraus wurde denn auch von Seiten v. Schweiger und Frische als Reichstagsabgeordnete zum 26. September 1868 ein Arbeiterkongreß „zur Besprechung und Einrichtung alles dessen, was mit den Arbeitseinstellungen zusammenhänge, zur Begründung einer umfassenden Organisation der gesamten Arbeiterchaft Deutschlands durch und in sich selbst, zum Zweck gemeinsamen Vorgehrens vermittelt der Arbeitseinstellungen" nach Berlin einberufen.

Auf diesem Kongreß war auch Dr. Max Hirsch mit etwa einem Duzend seiner Anhänger erschienen, um gegen die Organisation des sozialen Krieges" mit völlig negativem Erfolg zu protestieren. Dies war die erste große Niederlage, welche die Fortschrittspartei in ihrem Werben um die Gunst der Arbeiter erlitt", schrieb R. Meyer in seinem „Emanzipationskampf des vierten Standes".

Schon früher hatte die Fortschrittspartei — um nicht den immer mehr schwindenden, politischen Einfluß in der Arbeiterschaft völlig zu verlieren — Dr. Max Hirsch nach England zum Studium der inneren Einrichtungen der Trades-Unions geschickt. Das Vorgehen v. Schweigers nötigte ihn, seine Studien zu unterbrechen und Hals über Kopf nach Berlin zurückzukehren, um die Gründung sozialdemokratischer Gewerkschaften zu hintertreiben. Mit welchem Erfolg, haben wir gesehen.

Die Folge dieser fortschrittlichen Niederlage war die überhastete Gründung der Gewerksvereine nach den Mustern der englischen Trades-Unions seitens des Herrn Max Hirsch.

Der erste Verein wurde in Waldenburg in Schlessen im Juli 1869 unter den dortigen Bergarbeitern gegründet. Und schon im September desselben Jahres — also kaum zwei Monate später — überreichte Max Hirsch im Namen eines kaum warm gewordenen „Generalrats" den Grubenmagnaten eine „Denkschrift", in der er eine Lohnerhöhung und Herabsetzung der Arbeitszeit forderte. Die Arbeitgeber lehnten die Forderungen ab, sie weigerten sich nicht nur mit dem Generalrat in Unterhandlungen zu treten, sondern kündigten auch noch in brüsker Weise den Bergarbeitern die Arbeit und ordneten das Verlassen der Arbeiterwohnungen an.

Eine am 16. November überreichte zweite Denkschrift blieb unbeantwortet. Und als nun gar die Arbeitgeber verlangten, daß die Bergarbeiter durch Revers ihren Austritt aus dem Gewerksverein erklären sollten, provozierte Max Hirsch im Namen des Generalrats den Streik, worauf 7500 Bergarbeiter am 1. Dezember 1869 die Arbeit niederlegten.

„Hier zeigte sich nun gleich die Oberflächlichkeit der Studien, welche der damals noch sehr jugendliche „Streikvater" Dr. Max Hirsch in England gemacht hatte. — Er versündigte sich gegen den Grundsatz der englischen Trades-Unions, einen Streik erst nach reichlicher Vorbereitung und Ansammlung reichlicher Mittel zu machen. . . Dieser junge ehrgeizige Literat stürzte mit bodenlosem Leichtsin über 8000 Arbeiter, dadurch mittelbar vielleicht 25—30 000 Menschen in Not und Elend, weil er den Streik anfang ohne genügende Mittel. Er bildete sich ein, er brauche den Arbeitgebern nur die Arbeitsbedingungen zu diktieren. Auch war seine Sprache in seinen Proklamationen voll musterhafter Überhebung." (R. Meyer.)

Das war bitter, aber gerecht, denn selbst der Parteigenosse des Herrn Max Hirsch, der Abg. Ludw. Bamberger schrieb:

„So wurde denn unter ihrer — der Fortschrittspartei — Agide der Streik verkündet und die äußerste Anstrengung gemacht, durch Geldsamlungen über ganz Deutschland hin das Beginnen triumphierend zu Ende zu führen. Aber das Angriffsrecht, insofern es geschildertermaßen auf der Legitimität zureichender Angriffsmittel beruht, erwies sich sehr bald als lückenhaft. Trotzdem die jungen Gewerksvereine die erheblichsten Geldopfer brachten (namentlich die Gold- und Silberarbeiter von Pforzheim erschwangen namhafte Summen als Vorstoß, den sie später vergeblich vom Zentralverband zurückbegehren), trotzdem das politische Patronat — d. h. die Fortschrittspartei — sein Äußerstes aufbot, trotzdem sogar der Versuch einer öffentlichen Anleihe in Gestalt der Ausgabe von künftighin einzulösenden Bons von 15 Sgr., nach Mazzinischem Muster, gemacht wurde, trotz allen diesen heißen Bemühungen, bei denen es galt, diesem Vereinswesen die ersten Spuren zu verdienen und damit einen unerschöpflichen Vorsprung für die Propaganda zu erreichen, kam die Sache zum Scheitern."

So organisierte Max Hirsch, der sich noch im September auf dem Berliner Arbeiterkongreß als ein Gegner der „Organisation des sozialen Krieges" gerierte, im Dezember desselben Jahres seine Truppen für den sozialen Krieg.

Und nun die Sozialdemokraten, wie stellten diese sich zu dem mit völlig ungenügenden Mitteln provozierten Streik? Der Ausschuß der sozialdemokratischen Partei zu Braunschweig erließ am 15. Dezember 1869 einen Aufruf, worin er sich bereit erklärte, den Streik zu unterstützen. Es hieß darin:

„Wir fragen nicht darnach, ob Ihr die Grundsätze unserer Partei erkannt oder begriffen habt; wir fragen nicht darnach, ob auch in Eure Seele schon die Begeisterung hineingebauht ist für die ewig wahren, für die heiligen Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus! Ihr seid Arbeiter, die mit den Feinden der Arbeit im Kampfe liegen, Ihr seid unsere Brüder: das ist genug! Hier unsere Hand zur Hilfe!"

Ferner erschien folgender Erlaß: „An die Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation: Einer der größten, einer der berechtigten Streiks ist ausgebrochen in Deutschland! 8000 Bergarbeiter (im Waldenburger Kohlenbezirk) kämpfen maßloser Unterdrückung gegenüber für eine menschenwürdige Existenz. Es gilt den Beweis zu liefern, daß die Arbeiterinteressen gemeinsam sind über den ganzen Erdball, es gilt den Beweis zu liefern, daß die ganze Arbeiterfamilie es empfindet, wenn eines ihrer Glieder von Vampyren der menschlichen Gesellschaft unerträglich gemartert wird, es gilt den Beweis zu liefern, daß die ganze Arbeiterfamilie eintritt für das gemarterte Glied, um ihm seinen Unterdrückern gegenüber zum Siege zu verhelfen. Wir wenden uns daher vertrauensvoll an Euch, Mitglieder der I. A. U., mit der dringenden Bitte, unseren schlesischen Brüdern beizustehen! Wir helfen Euch wieder, wo und wie es uns möglich ist. Gaben werden angenommen von der Redaktion des „Volksstaats" (Abt. W. Liebknecht, Leipzig, Braunstraße 11), und von denselben nach Waldenburg übermittelt. Aber die eingegangenen Gelder wird im „Volksstaat" quittiert. Auch an die Redaktionen aller anderen Blätter, welche Mitglieder der I. A. U. zu ihren Lesern haben, ergeht die Bitte um Abdruck dieses Aufrufs und um Hilfe."

Darob großes Entsetzen bei den Generalratsmännern, sie winkten herablassend ab und erklärten in offizieller Weise: „die Mitglieder der Fortschrittspartei müssen uns helfen, denn wir helfen ihr bei den Wahlen." Und diese Bourgeoispartei, die sowieso die moralische Pflicht zum Helfen hatte, half mit lumpigen 26 000 Thalern aus. Sie tat auch noch ein übriges, indem sie am 17. Januar 1870 im Abgeordnetenhaus durch den Abgeordneten Duncker die Regierung interpellierte, weil diese sich geweigert hatte, die Streikenden in den Staatshüttenwerken in Arbeit zu stellen. Sie sandte endlich auch noch eine Deputation von Arbeitern an den Kronprinzen, die den Bescheid erhielt, er könne hierbei nichts tun. Als alles nichts half und die Fortschrittspartei auch kein Geld mehr hergeben wollte, mußte der Generalrat am 24. Januar den Bergarbeitern erklären, daß sein Latein zu Ende sei; es wäre das Beste, wenn sie zu Kreuze kröchen und die ergrimmten Grubenbarone um Gnade anbetteln. Warum — schrieb R. Meyer — hatte die Fortschrittspartei, die doch reich Männer genug

hinter sich hat, nicht mehr Geld aufgebracht, warum ließe sie die Arbeiter so schmachlich im Stiche, die sie durch ihre Einmischung auch noch der Hilfe der sozialdemokratischen Arbeiter beraubt hatte? Einfach deshalb, weil sich in der liberalen Fabrikantenwelt ein Schrei der Entrüstung gegen die Aufhebung der Arbeiter gegen die Unternehmer" durch Fortschrittler erhob. Die Partei fürchtete die Gunst dieser Leute, zu denen sie doch selbst meistens gehörte, zu verlieren und opferte deshalb die Arbeiter den Fabrikanten, deren Bündnis ihr vorteilhafter war."

Das ist die Geschichte der „Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine" in ihren ersten Anfängen. Nie haben die Herren es mehr gewagt, nach dieser furchtbaren Niederlage gegen den Unternehmerstachel zu löcken. Immer sind sie ihrer Devise vom 23. April 1871: „jede prinzipielle Feindseligkeit gegen das Kapital auszuschließen" getreu geblieben. Daß ihr lendenhalmer Wahlspruch: „Gleichberechtigung, Vereinbarung, Schiedsgericht" sie im Zeitalter der sich immer mehr verschärfenden Klassenkämpfe zu willfährigen Bundesgenossen der Scharfmacher und Formierung von Streikbrecherkolonnen machen mußte, versteht sich am Rande und liegt für jeden, der seine Augen offen hält, klar zu Tage.

Für denkende Arbeiter braucht es da keines weiteren Beweises.

## Soziales und Parteileben.

Bergarbeiterbewegung im Niederlausitzer Braunkohlrevier. In Jütendorf bei Senftenberg waren am Sonntag die Vertrauensleute und Schachtdelegierten des Bezirks versammelt, um die Antworten der Unternehmer auf die am 11. August auf der Bergarbeiterkonferenz aufgestellten Forderungen entgegenzunehmen. Im Auftrage der aus fünf Mitgliedern bestehenden Lohnkommission erstattet den Bericht Garbe-Senftenberg. Er führt aus, daß den Verteilungen folgende Forderungen unterbreitet worden sind: 1. a) Einführung der neunhündigen Arbeitszeit inklusive einer einhalbstündigen Pause. Als Einführungszeit ist der 1. Oktober d. J. festgelegt. b) Für alle Fabrikarbeiter ist bei einer zwölfhündigen Schichtzeit eine zweistündige Pause einzuführen. c) Überschichten und -Stunden sind zu vermeiden und nur bei Gefahr für das Leben der Arbeiter oder zur Sicherung des Betriebes zulässig. 2. a) Für sämtliche Arbeiter, welche auf dem Werke beschäftigt sind, eine Lohnzulage von 15 Prozent. Der Lohn für Hauer soll nicht unter 4,50 Mk., für Schlepper nicht unter 4,20 Mk., für volljährige Fabrikarbeiter nicht unter 3,50 Mk., für jugendliche Arbeiter im Alter von 18 bis 21 Jahren nicht unter 3,25 Mark betragen. b) Bezahlung aller Nebenarbeiten, als Schienen- und Mattenlegen, Holzstellen usw. c) Bei Betriebsstörungen, welche länger als eine halbe Stunde dauern, sollen die Arbeiter mit anderer Arbeit beschäftigt werden und die Zeit nach dem bestehenden Schichtlohn bezahlt erhalten. d) Abschaffung aller Prämiengebilde. e) Einführung der achtstündigen Lohnzahlung auf den Werken, wo dieselbe noch nicht besteht. Der Lohn soll am Freitag jeder Woche ausgezahlt werden. f) Die Arbeitsordnung ist den Forderungen entsprechend abzuändern. 3. Aufhebung der Sperre. 4. Holz ist in genügender Menge und zurecht an die Endstation der Grube zu liefern. 5. Für gutes, frisches Trinkwasser haben die Verwaltungen in den Gruben und Fabriken zu sorgen. 6. Ausreichende Badeanstalten und Umkleieräume sind einzuführen. Wo der Tagebau weiter als 10 Minuten von der Fabrik entfernt liegt, sind auch dort Badeanstalten zu errichten. 7. Bessere Transportmittel für Verletzte und Kranke sind anzuschaffen. 8. Humane Behandlung der Arbeiter durch die Beamten. 9. Vollständige Bewegungsfreiheit für alle Arbeiter, welche in Werkshäusern und Kasernen wohnen. 10. Infolge dieser Lohnbewegung dürfen keinerlei Maßregelungen erfolgen. Von den Werksbesitzern ist die Kommission überhaupt keiner Antwort gewürdigt worden! Redner führt einige Zahlen über Unternehmerrgewinne an, aus denen hervorgeht, daß der Geschäftsgang ein geradezu glänzender sei, die Überschüsse so hoch wie noch nie gewesen sind und daß es eine Prookation der die Werte erst geschaffenen Bergknappen ohnegleichen darstelle. Redner erucht die Belegschaftskommissionen, sich auszusprechen, und legt die Entscheidung in deren Hände. In der Diskussion kommen haarsträubende Dinge zu Tage. So hat man von Grube „Eisabethsgrube" den Arbeitern versprochen, vom 1. August ab je 5 Mk. Mietsentschädigung zu gewähren; es ist aber bei der bloßen Versprechung geblieben. Von Wagen, die nicht gut gefüllt waren, hat man die Marken weggenommen und die Arbeiter um den Lohn dafür gestellt. Wurde die Bezahlung verlangt, hieß es: „Gut, Ihr bekommt ihn bezahlt — aber 50 Pfg. Strafe! Die Bahnen sind in schlechtem Zustande, das Wagenmaterial taugt nichts. Ein Redner hat für 80 Pfg. pro Schicht Briefets verloben. Als er sich einmal verah, kam der Meister und latschte mir für die 80 Pfg. noch eine kräftige Backpfeife runter!" schließt er unter großer Bewegung der Versammelten. Auf Grube „Providentia" ist schlechter Brand trotz der angebrachten Ventilatoren. Bei der schlechten Wetterführung sind von Häuern 3,45 Mk. Schicht verdient worden. Auf „Hortiger Wert" ist die Leute stube jahrelang so schmutzig gewesen, daß der Dreck periodisch mit der Hacke weggeräumt werden mußte. Von der Decke rieselte der schwarze Staub den Leuten aufs Brot. Ein Bergmann bezeichnet die Grubenarbeit im Niederlausitzer Revier als menschenunwürdig im höchsten Grade. Die Behandlung durch die Beamten sei skandalös; die Menschen könnten sich nicht haben, sie sind gezwungen, wie die Schweine zu leben: (In ihrer schändlichen Unbeholfenheit machen die Darstellungen einen erschütternden Eindruck.) Als infolge schlechter Wetterführung es im Schachte nicht brannte, meinte der Beamte, zu dem sich die Leute um Abhilfe wandten: „Streck den Finger in den Hintern, da habt Ihr Licht!" Beamte tragen Schußwaffen und drohen, davon Gebrauch zu machen. Durch das schlechte Gedingsystem ist es nicht möglich, die Pausen einzuhalten; die Beamten hegen die Arbeiter gegeneinander, stiften Unfrieden, um die Leistung aufs Höchstmögliche zu steigern. Dann wird mitgeteilt, daß mündlich erklärt worden sei, man wolle keinen Pfennig bewilligen. (Bewegung und Pfui!-Rufe.) Wir sind gezwungen, die Broden hingsumzuwerfen!" (Stürm. Beifall.) Alle Vergleute betonen, daß unbedingt an der Forderung der neunhündigen Schicht festgehalten werden muß. Sie bringen zur Geltung, daß man in den Massen bereits ungeduldig über den endlichen Ausgang zu werden beginnt. Auf das Verlangen nach Abstimmung erklärt der Vorsitzende, daß die endgültige Entscheidung erst die Versammlungen am Nachmittag zu fällen haben. Die Abstimmung darüber, ob die Forderungen aufrecht zu erhalten sind, ergibt ein stimmige Annahme. Der Vorsitzende gibt noch bekannt, daß die Unternehmer in der bürgerlichen Presse die Nachricht verbreiten, sie wollten chinesische Kulis einführen — offenbar nur zu dem Zweck, um die Arbeiter einzuschüchtern. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes erklärt, daß in den nächsten Tagen auch seitens seiner Organisation Kom-



